



SEPP

sozialistisch-emanzipatorisches positions-papier



„Mit den Europa-Verhandlungen ist es wie mit dem Liebesspiel der Elefanten: Alles spielt sich auf hoher Ebene ab, wirbelt viel Staub auf - und es dauert sehr lange, bis etwas dabei herauskommt.“

Willy Brandt (1913-92)

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freunde der Jusos Niederbayern,

Europa ist in schwieriges Fahrwasser geraten. Die Auswirkungen der amerikanischen Immobilienkrise bedingten eine Finanz- und Wirtschaftskrise, die heute in eine sog. Schuldenkrise gemündet ist. Doch wo liegen die Ursachen für die großen Ungleichgewichte innerhalb der Europäischen Währungsunion? Gibt es die Musterschüler innerhalb Europas, die es den Faulenzern in der letzten Bank oberlehrerhaft aufzeigen können

was zu tun ist? Betrachtet man die Presse der vergangenen Monate so gibt es scheinbar gewisse deutsche Oberlehrer, die z. B. vom faulen Griechen und der südeuropäischen Mentalität schwadronieren. Jedoch war die Forderung nach einem Sparkommissar für Griechenland wohl ein Tiefpunkt der bundesrepublikanischen Außenpolitik und zeugte von einer großen Arroganz einer kleinen politischen Equipe Europas. ►

Für uns Jusos Niederbayern gilt es als angezeigt, dass man in diese Thematik tiefer Einsteigen muss. Wo liegen Ursachen und Lösungsansätze für diese nicht ganz unerhebliche Problematik. Liegt die Lösung tatsächlich nur im einseitigen Credo für das Sparen oder gilt es jenen Ländern, die zu Opfern der Finanzjongleure wurden, über wirkliche Hilfen endlich unter die Arme zugreifen oder gar die Finanzmärkte endlich stärker zu regulieren.

Eines ist klar: Es muss endlich gehandelt werden um den Traum von Europa nicht verschwinden zu lassen und da ist eines klar: Es muss wie beim Liebesspiel der Elefanten am Ende etwas Gutes herauskommen.

Hoch die internationale Solidarität!

Euer

Daniel König
Vorsitzender der Jusos Niederbayern

INHALT

KURZFRISTIGE WEGE AUS DER SCHULDENKRIESE	3
EINE EUROPÄISCHE SCHULDENBREMSE	10
EINE WIRTSCHAFTSREGIERUNG FÜR EUROPA!	14
KEIN EUROPA OHNE GRIECHENLAND!	17
ERTUG: „BRAUCHEN MARSHALLPLAN FÜR GRIECHENLAND!“	28
EUROPA - UND NUN?	31
MIT WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG GEGEN DIE LEIHARBEIT	33
RETTET DIE WÄHRUNGSUNION - ES IST FÜNF VOR ZWÖLF!	35
FESTUNG EUROPA?	38
NATO ÜBERWINDEN - FÜR EINE SICHERE UND FRIEDLICHE WELT	40

Kurzfristige Wege aus der Schuldenkrise

von **Thomas Asböck**

stellv. Landesvorsitzender der Jusos Bayern
und Mitglied im Bezirksvorstand der Jusos
Niederbayern

Die internationale Finanzkrise der Jahre 2007 und 2008, die in der Folge zu einer weltweiten Wirtschaftskrise führte, hat die Verschuldung vieler Industrieländer dieser Welt dramatisch in die Höhe getrieben. Innerhalb der Europäischen Union und der Europäischen Währungsunion sind einige Staaten von der Zahlungsunfähigkeit bedroht. Besonders betroffen sind Griechenland, Italien, Portugal und Irland. Tabelle 1 zeigt den (prognostizierten) Schuldenstand der öffentlichen Haushalte ausgewählter Länder im Jahr 2011 in Relation zum jeweiligen Bruttoinlandsprodukt.

Tabelle 1:

Deutschland	Portugal	Frankreich	Irland	Belgien	Italien	Griechenland
80%	87%	88%	102%	103%	120%	160%
des BIP	des BIP	des BIP	des BIP	des BIP	des BIP	des BIP

(Quelle: World Economic Outlook Database, Okt. 2010)

Angesichts dieser hohen Schuldenstände wird plötzlich über das Ende der Währungsunion debattiert. Die Währungsunion sei gescheitert, Länder

wie Griechenland faktisch pleite. Man könne sie nicht mehr entschulden, sie seien ein Fass ohne Boden. Deshalb sei es für sie und für uns besser, sie würden aus der Währungsunion austreten. Ja, auch dieser Vorschlag liegt auf dem Tisch und wird sogar von konservativen Politikern wie Bayerns Finanzminister Söder dahingehend verschärft, dass nicht mehr von einem Austritt, sondern gar von einem Rausschmiss die Rede ist. Mit nationaler Währung und nationaler Geldpolitik sei es den einzelnen Staaten leichter möglich, die Währung auf- und abzuwerten und damit die Verschuldungsproblematik zu lösen.

In der Bevölkerung sorgt man sich derzeit um den Euro. Der Austritt Griechenlands oder eines anderen Eurostaa-

tes aus der Währungsunion wäre ein so schwerer Rückschlag, dass nicht absehbar wäre, ob nicht der Euro insgesamt in Frage stünde. Große Fans des Euro

waren die Deutschen nie, aber plötzlich fragen sich doch viele: „Was wird aus unserem Geld?“, „Wer soll das alles noch bezahlen können?“ Wir hätten doch gar kein Geld übrig, um andere Länder zu retten, die deutschen Schulden seien mit 2.000 Mrd. Euro selbst gigantisch hoch. Und überhaupt: hätten all die anderen nicht über ihre Verhältnisse gelebt, sondern wären ähnlich sparsam gewesen wie die Deutschen, dann wäre das alles überhaupt nicht soweit gekommen.

So verständlich vielleicht die Ängste in der Bevölkerung sein mögen, so irrational ist doch mancher Verlauf und mancher Ausfluss der Debatte. Nicht mehr irrational, sondern vielmehr beschämend und ärgerlich ist dagegen der Anti-Europa-Populismus von Konservativen und FDP. Umso notwendiger ist es, ein paar wirklich zielführende und effektive Vorschläge zur Lösung der Schuldenkrise näher zu betrachten.

Ich möchte zwei Dinge vorwegschicken. Zum einen stellt für uns Jungsozialistinnen und Jungsozialisten der Schuldenstand am Bruttoinlandsprodukt kein entscheidendes Kriterium für die Ver- oder Überschuldung von Staaten dar. Es handelt sich dabei nämlich nur um eine zahlenmäßige Relation, die von zwei Seiten her verändert werden kann: durch einen Anstieg oder Rückgang der nominalen Schulden eines Landes, aber auch

durch einen Anstieg oder Rückgang der Wirtschaftsleistung. Der Schuldenstand alleine sagt deshalb so gut wie nichts darüber aus, ob und wann ein Land zahlungsunfähig ist. Genauso ist es mit den sog. „Maastricht-Kriterien“. Der europäische Stabilitätspakt legt fest, dass der Schuldenstand von Euro-Mitgliedsländern 60% des BIPs nicht überschreiten darf. Dies ist eine politisch festgelegte Grenze, die ökonomisch durch nichts zu begründen ist. Dieses Schuldenstandskriterium wird heute von kaum einem EU-Land eingehalten (siehe Tabelle 1) und trotzdem würde niemand ernsthaft behaupten, Deutschland und Frankreich stünden am Rande der Zahlungsunfähigkeit oder wären eine Gefahr für die Stabilität des Euro.

Wesentlich aussagekräftiger ist dagegen die Leistungsbilanz im Außenhandel. Sie drückt den Saldo einer Volkswirtschaft zwischen Export und Import aus. Ist der Leistungsbilanzsaldo eines Landes über einen längeren Zeitraum stark negativ, so bedeutet dies, dass mehr Waren und Dienstleistungen eingeführt als exportiert werden. Dieser Mehrbedarf an Einfuhren kann dann nicht mehr über die Erlöse aus den Exporten finanziert werden und führt zu einem Anstieg der Auslandsverbindlichkeiten eines Landes, sprich: Der inländische Konsum kann nicht mehr durch die eigene Wirtschaftstätigkeit refinanziert, sondern nur

noch mittels Krediten realisiert werden. Das ist das eigentliche Dilemma, in dem tatsächlich auch etliche Länder wie Griechenland stecken. Tabelle 2 zeigt die Leistungsbilanzsalden ausgewählter Länder für 2008 und 2010 in Prozent des jeweiligen Bruttoinlandsproduktes:

Tabelle 2:

	Deutschland	Frankreich	Irland	Italien	Spanien	Portugal	Griechenland
2008	+6,7%	-2,3%	-5,4%	-3,4%	-9,5%	-12,1%	-14,5%
2010	+5,1%	-2,2%	-0,3%	-3,3%	-5,5%	-10,3%	-10,5%

(Quelle: OECD, 2010)

Daraus lässt sich ablesen, dass insbesondere Spanien, Portugal und Griechenland tatsächlich ein Verschuldungsproblem haben – aber nicht zwingend, weil ihr Schuldenstand am BIP so hoch wäre, sondern weil sie Jahr für Jahr neue Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland anhäufen, die irgendwann nicht mehr bedient werden können.

Zum Zweiten möchte ich festhalten, dass es keinen Königsweg bei der Lösung der europäischen Schuldenkrise gibt. Es gibt auch nicht nur die Maßnahmen a, b und c, die ausschließlich und alleine geeignet sind, die Verschuldungssituation in den Griff zu bekommen. Vielmehr kann ein ganzes Bündel von Maßnahmen kurzfristig helfen, die Haushaltslagen vieler Länder zu stabilisieren. Dabei gibt es

Maßnahmen, die europaweit vorangetrieben werden müssen und genauso bleiben aber den Ländern viele nationale Instrumente zur Gestaltung ihres Steuerrechts. Deutschland hat z.B. 1996 die Vermögenssteuer ausgesetzt, die in anderen Ländern regulär erhoben wird,

und verzichtet dadurch geschätzt auf jährlich 20-25 Mrd. Euro Einnahmen. Auch Erbschaften werden in Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Ländern nur marginal besteuert. Langfristig kann die Überschuldungsgefahr von Staaten nur durch ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht gebannt werden, d.h. die Staaten müssen sehr viel stärker als sie das heute tun auf ausgeglichene Leistungsbilanzsalden hinwirken.

Abbildung 1 zeigt die Besteuerung von Kapitaleinkommen und Vermögen in ausgewählten EU-Ländern mit einem rechnerisch ermittelten, effektiven Durchschnittssteuersatz im Jahr 2008. Die deutliche Spreizung der durchschnittlichen Kapitalbesteuerung zwi-

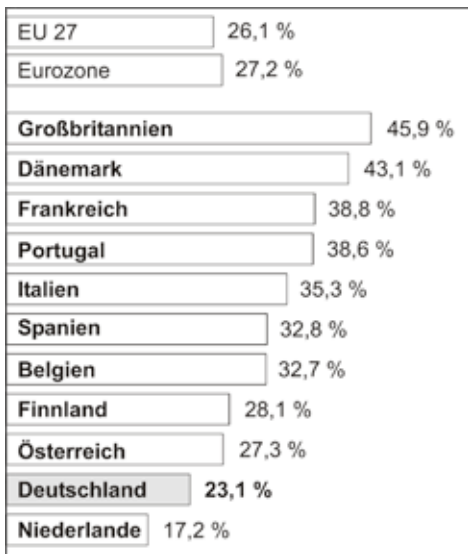


Abb. 1 (Quelle: Eurostat, 2008)

Implizierter, effektiver Steuersatz auf Kapitaleinkommen und Vermögen in der EU

schen Holland (17,2%) und Großbritannien (45,9%) macht dabei ersichtlich, wie viel Spielraum hier in den einzelnen Ländern noch vorhanden ist. Sie ist gleichzeitig aber auch das stärkste Argument für eine Steuerharmonisierung in der EU. Der Unterbietungswettbewerb nach unten muss aufhören, das kann sich Europa auf Dauer nicht leisten!

Die europäischen, nationalen Regierungen haben bis heute die Idee eines geeinten Europas noch nicht verstanden. Sie gestalten ihr Steuerrecht auf Kosten der anderen. Oberstes Ziel ist es, möglichst viel Kapital von anderen (EU-)Staaten anzulocken. Aber niemand scheint begriffen zu haben, dass in Summe deswegen nicht mehr, sondern eher weniger dabei herauskommt, weil der Ehrgeiz,

immer noch ein bisschen günstiger als anderen zu sein, den Unterbietungswettbewerb noch befördert. Wenn auf diversen EU-Gipfeln über Maßnahmen zur Eurorettung oder zur Bekämpfung der Schuldenkrise beraten wird, dann lautet der Minimalkonsens fast ausschließlich: Sparen, sparen, sparen. Damit kein Missverständnis aufkommt: Sparen kann sinnvoll sein, überall dort, wo Ineffizienzen auftreten und wenn die konjunkturelle Situation es zulässt. Aber da, wo staatliche Ausgaben in Form von Sozialleistungen individuelle Lebensrisiken der Bevölkerung abdecken oder in Form von Staatsinvestitionen ein notwendiger Faktor zur wirtschaftlichen Belebung sind, gerät eine rigorose Sparpolitik meist zum Boomerang für jeden Staatshaushalt.

Die Staaten der Europäischen Währungsunion täten gut daran, endlich eine gemeinsame Finanztransaktionssteuer (= Börsenumsatzsteuer) einzuführen. Es ist ja keinem logisch denkenden Menschen vermittelbar, wieso jeder von uns, der in einem Geschäft irgendetwas kauft, auf jeden Artikel und auf jede Dienstleistung eine Umsatzsteuer

von 19 oder 7% bezahlen muss, und jeder Umsatz, der an der Börse durch Ankauf bzw. Verkauf von Wertpapieren und Devisen erzeugt wird, steuerfrei ist! Die Finanztransaktionssteuer würde den Staaten nicht nur ordentlich Geld in die Kassen spülen, sondern wäre auch ein geeignetes Instrumentarium, um hochschädliche Spekulationsgeschäfte an den Finanzmärkten zu verteuern und dadurch unattraktiver zu machen. Deutschland hat seine Börsenumsatzsteuer 1995 in dem naiven Glauben ausgesetzt, dadurch viel Kapital vom Finanzplatz London nach Frankfurt abziehen zu können. Trotzdem ist London auch heute noch Europas bedeutendster Finanzplatz und das, obwohl in Großbritannien eine Börsenumsatzsteuer zu zahlen ist.

Der französische Staatspräsident Sarkozy hatte mehrmals bei EU-Gipfeln und in bilateralen Gesprächen zwischen Frankreich und Deutschland versucht, eine europäische Finanztransaktionssteuer durchzusetzen. Das Vorhaben scheiterte jedoch bislang an der bornierten Haltung der deutschen Bundeskanzlerin. Nun hat Frankreichs Präsident einen nationalen Alleingang angekündigt. Er will eine Finanztransaktionssteuer einführen und dabei einen Steuersatz von 0,1% des Volumens jeder Börsentransaktion erheben. Angela Merkel dagegen spielt die Gralshüterin des Ka-

pitals. Ich glaube nicht, dass sie diese Position dauerhaft durchhalten können wird, denn eine wirksame Finanztransaktionssteuer kann nur europaweit funktionieren. Dennoch ist Frankreichs Vorstoß ein Schritt in die richtige Richtung. Die SPD befürwortet ebenfalls die Einführung einer solchen Finanzsteuer, so dass im Zuge des Wahljahres 2013 die Chancen auf eine europaweite Einführung steigen dürften.

Darüber hinaus teilen wir Jusos die Position linker SPD-Bundestagsabgeordneter, wie MdB Werner Schieder, MdB Klaus Barthel und MdB Hilde Mattheis, wonach der Europäische Rettungsfonds (EFSF) „umkonstruiert“ werden muss (siehe Artikel „Rettet die Währungsunion“). Die EFSF ist eine Aktiengesellschaft nach luxemburgischem Recht, deren Gesellschafter die Staaten der Eurozone sind. Alle Eurostaaten mussten die Gründung der EFSF, welche am 7. Juni 2010 erfolgte, ratifizieren, so dass es bis Ende 2010 dauerte, bis sie voll aktionsfähig war. Die EFSF kann am Kapitalmarkt Kredite bis zu einer Höhe von 440 Mrd. Euro aufnehmen, für die sie Schuldpapiere (Anleihen) ausgibt. Die Kredite sind durch die beteiligten Eurostaaten zu 120% abgesichert, so dass den Anleihen von den Ratingagenturen die Bestnote „AAA“ zugeteilt wurde. Dadurch kommt die EFSF zinsgünstig an Kapital, welches sie an hilfebedürftige

KURZFRISTIGE WEGE AUS DER SCHULDENKRIESE

Euroländer weitergeben kann. Deutschland hat an der EFSF einen Anteil von ca. 28%, was einer maximalen Verpflichtung von 123-148 Mrd. Euro entspricht.

Sie kann damit sozusagen bestehende Kredite dieser Staaten bei den Banken und Versicherungen ablösen.



Auf einem Sondergipfel des Europäischen Rates am 21. Juli 2011 wurde eine Reform der EFSF beschlossen, wodurch diese nicht mehr nur selber Anleihen vergibt, um an Kapital zu kommen, sondern auch Staatsanleihen überschuldeter Staaten auf dem Sekundärmarkt, also bei Banken und Versicherungen, aufkaufen kann, wenn die 17 Mitgliedstaaten der Eurozone dem zustimmen.

MdB Werner Schieder und Co. schlagen vor, die EFSF mit einer Banklizenz auszustatten, damit die EFSF sich wie jede andere Geschäftsbank auch direkt bei der Europäischen Zentralbank refinanzieren kann. Das brächte der EFSF einige Vorteile: günstigere Zinskonditionen und einen unbegrenzten Aufbau der Kreditkapazitäten. Dieser Zwischenschritt ist nötig, weil die Satzung der

EZB eine direkte Finanzierung von Staaten durch die Zentralbank ausschließt.

Eine weitere kontrovers geführte Diskussion innerhalb der EU ist die Debatte über die Einführung von Eurobonds, also EU-Anleihen. Hierbei würden nicht mehr einzelne Staaten wie z.B. Griechenland eigene Anleihen ausgeben um sich an den Finanzmärkten Kapital zu beschaffen, sondern die EU-Staaten würden gemeinsam Schulden an den Finanzmärkten aufnehmen, die aufgenommenen Mittel dann untereinander nach Bedarf aufteilen und dann aber auch gesamtschuldnerisch für die Rückzahlung und die Zinsen dieser Schulden haften.

Die wirtschaftlich schwächeren Staaten erhoffen sich von Eurobonds Zugang zu besseren Kreditbedingungen, vor allem niedrigere Zinsen sowie auch die Möglichkeit, dass die haftenden Staaten ihre Schulden de facto übernehmen. Angefallene Schulden würden somit innerhalb der EU-Staaten umverteilt.

Dies ist auch der Hauptgrund, warum gemeinsame Eurobonds von den meisten wirtschaftlich soliden Staaten abgelehnt werden. Für sie entstünde eine höhere Zinslast, da sich durch die zusätzlich übernommenen Haftungen ihre Bonität verschlechtern würde. Gleichzeitig fürchten sie ein erhebliches

Schuldenübernahmerrisiko der Schulden von „Krisenstaaten“. Trotzdem sprechen sich die Europäische Kommission, viele EU-Parlamentarier und auch die deutsche Sozialdemokratie für solche Eurobonds aus. Der Vorteil bestünde darin, dass der zersplitterte Markt für Staatsanleihen vereinigt und das Spekulieren an den Finanzmärkten gegen einzelne Staaten erschwert würde. Die Schuldenübernahme durch wirtschaftlich solide Staaten würde das Risiko einer Staatspleite einzelner Euroländer jedoch verhindern.

Die Staaten Europas sollten alles daran setzen, endlich die Einnahmebasis ihrer Staatshaushalte zu konsolidieren, d.h. die Besteuerung von Kapitaleinkünften und Vermögen erhöhen und wie skizziert, alle Möglichkeiten ausloten, um das Zinsniveau für Staatsanleihen politisch dauerhaft zu stabilisieren und es vor allem dem Diktat der Märkte zu entreißen. Auch die Überlegungen für eine unabhängige, öffentliche europäische Ratingagentur müssen weiter konkretisiert und vorangetrieben werden. Die europäische Schuldenkrise und die Krise der Währungsunion sind große Herausforderungen für Europa. Wenn es gelingt, diese Herausforderungen gemeinsam zu meistern, wird Europa gestärkt daraus hervorgehen – wirtschaftlich und politisch.

Eine europäische Schuldenbremse: Die Lösung langfristiger, fiskalischer Probleme?

von **Florian Emberger**

Stellv. Vors. Jusos Niederbayern

Merkel und Sarkozy haben einen neuen Weg gefunden die Schuldenprobleme in der europäischen Union zu lösen: Eine europaweite Schuldenbremse in Verbindung mit einer Wirtschaftsregierung unter dem Vorsitz von van Rompuy.

Die Wirtschaftsregierung mal außen vorgelassen, dessen Konzeption nicht richtig ist, stellt sich aber die Frage, ob eine europaweite Schuldenbremse wirklich Anreize setzt das Schuldenproblem in den Griff zu kriegen. Vor der Finanzkrise war eher die Inflation das Thema im Euroraum, da es Länder gab wie Deutschland, die das Inflationsziel von 1,9 % p.a. unterschritten hat und andere Länder wie Griechenland diesen Wert überschritten hat. Schuldenprobleme gab es keine, da sich die meisten Euroländer sich recht günstig am Kapitalmarkt refinanzieren konnten – doch diese Zeiten sind vorbei. Am Höhepunkt der Finanz- und

Wirtschaftskrise, vor allem nach dem Beschluss der Konjunkturprogramme, hat Deutschland im Grundgesetz eine Schuldenbremse installieren lassen, die weitere Neuverschuldungen künftig bremsen sollte.

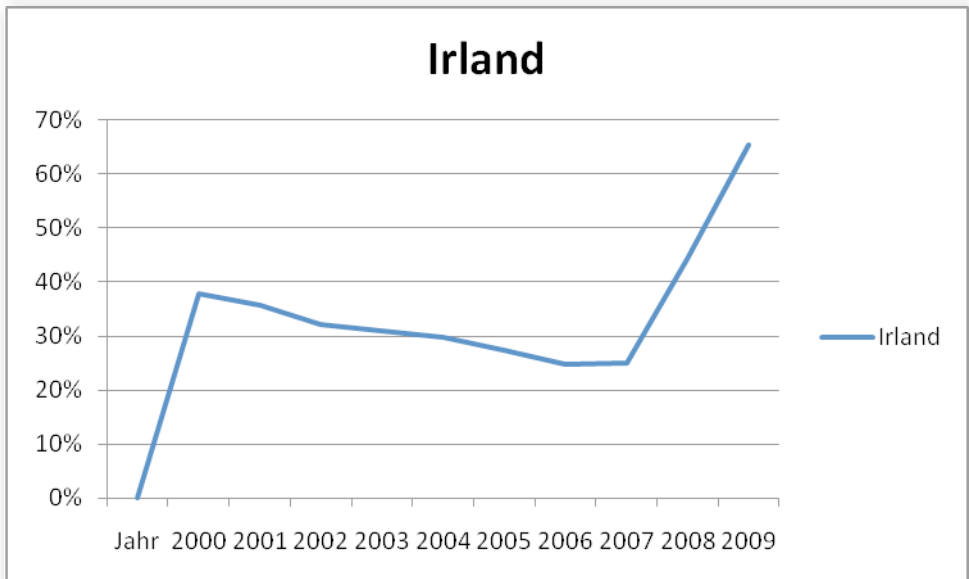
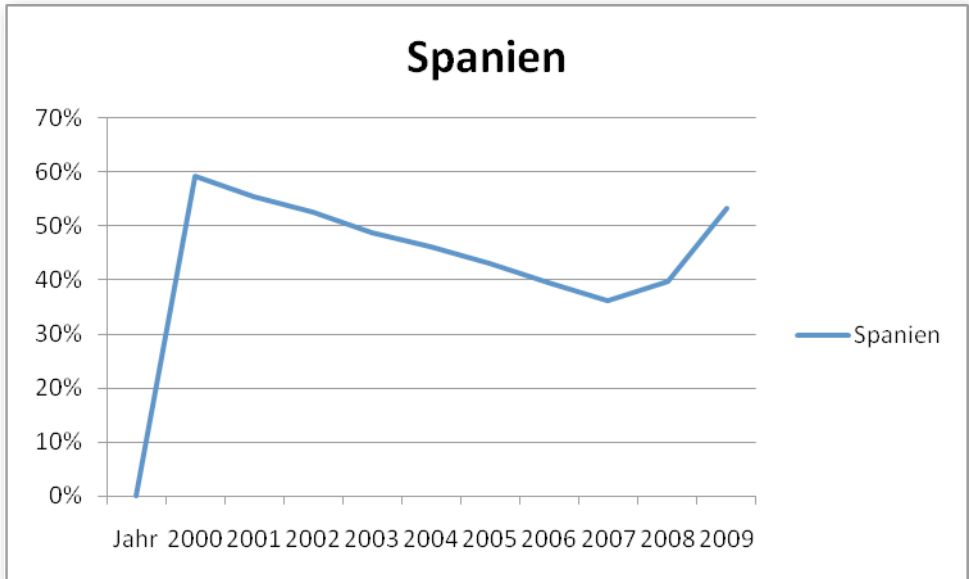
Doch ist die Annahme richtig, dass Regierungen der Länder wie Irland, Griechenland, Portugal oder auch Spanien wirklich die Jahre davor Staatsschulden zuhauf angesammelt haben?

Am Beispiel Irland sieht man das Problem ganz genau. Die Staatsschulden sind vor der Krise gesunken und zwar auch nominal und nicht nur im Verhältnis zum BIP. Der Staat hat somit Schulden abgebaut. Doch wieso steckt Irland jetzt mitten im Schuldensumpf drin, wo doch der „keltische Tiger“ sich vorbildlich verhalten hat und auch die „Schuldenbremse“ Stabilitätspakt (max. 60 % Schulden im Verhältnis zum BIP) immer eingehalten hat? (Anm. In Spanien sieht es ähnlich aus)

Diese Tabelle zeigt die Entwicklung

Jahr	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Irland	-0,4%	-0,7%	-0,9%	0,0%	-0,6%	-3,5%	-3,5%	-5,3%	-5,3%

Spaniens und Irlands Schulden im Verhältnis zum BIP





der Handelsbilanz Irlands seit 2000 und zeigt deutlich, dass Irland vor allem die Jahre vor der Krise sehr hohe Defizite eingefahren hat, das heißt sie haben sich im Ausland verschuldet und zwar mittels sehr kurzfristiger Kredite, die bei dem kleinsten „Husten“ der Wirtschaft abgezogen werden konnten. Kurze Anmerkung: Hier geht es nicht um die Regierung, sondern um das Land an sich, also Staat, Privatpersonen und Unternehmen, vor allem im Unternehmenssektor (auch Banken) haben sich irrsinnige Schuldenberge angehäuft. Als die Blase geplatzt ist wurden private Schulden sozialisiert und der Staat

hat am Beispiel von Irland die Banken verstaatlicht und somit auch die Verbindlichkeiten übernommen und konnte sich dann nicht mehr am Kapitalmarkt refinanzieren.

Wenn man die Stabilität einer Währungsunion untersuchen will, dann muss man sich auf die Handelsbilanz konzentrieren und nicht allein auf die Schulden des Sektors Staat. Dieser Fokus kann zu falschen Ergebnissen führen, wie man am Beispiel Irlands gesehen hat. Jahrelang als keltischer Tiger und Vorbild titulierte und man hat die großen Defizite einfach übersehen oder ignoriert.



Vor einigen Monaten hat Geithner, der amerikanische Finanzminister, eine Grenze des Außenhandelsdefizits bzw. -überschusses vorgeschlagen. Aus Deutschland kam leider nur eine Reaktion und zwar vom damaligen Wirtschaftsminister Rainer Brüderle, der diesen Vorschlag als planwirtschaftlichen Unsinn abgetan hat. Doch genau dieses Instrument wäre notwendig um eine Stabilität der Währungsunion oder auch der Weltwirtschaft herzustellen. Diese Blasen sind die gefährlichsten für die Wirtschaft und müssen verhindert werden. Über die Höhe der Grenze kann man diskutieren und streiten, auch wie man damit umgeht, allerdings muss der Weg dorthin gehen um weitere Blasen zu verhindern.

Wenn man schon eine Wirtschaftsregierung auf Europaebene installieren möchte, dann sollte sie genau diese Gefahren durchleuchten und analysieren und nicht fiskalisch die Rechte der Nationalregierungen beschneiden. Die Gefahr geht nicht von astronomischen Staatsschulden aus, sondern von den Schulden eines gesamten Landes und zwar in wie weit diese im Ausland verschuldet ist. Man diskutiert ja auch nicht über eine private Schuldenbremse, die im Fall Irland um einiges sinnvoller gewesen wäre als eine staatliche Schuldenbremse. Dies ist auch nicht nötig, keine Schuldenbremse ist nötig, da die Probleme woanders liegen.

Auch in der SPD, die leider bei der Einführung der Schuldenbremse aktiv beteiligt war, muss hier ein Umdenken stattfinden und sich aktiv stark für so eine Institution machen, die diesen Indikator untersuchen soll und die entsprechenden Regierungen aktiv hilft und nichts vorschreibt wie es am liebsten Merkel und Schäuble es sehen würden. Die nationalstaatlichen Kompetenzen sollen und dürfen nicht im Bereich der Fiskalpolitik angegriffen werden. Nur so können künftige Krisen eher erkannt werden und das Platzen der Blase eventuell verhindert werden.

Eine Wirtschaftsregierung für Europa!

Der Weisheit letzter Schluss?

von **Daniel König**

Vorsitzender der Jusos Niederbayern

Das Krisenmanagement in Europa im Zuge der Verwerfungen auf den globalen Finanzmärkten bedient sich gerne eines bestimmten Lösungsansatzes - nämlich der Schaffung einer europäischen Wirtschaftsregierung. Aber was genau hat sich der geneigte Europäer unter einem solchem Konstrukt vorzustellen? Die Vorschläge von Merkel und Sarkozy bewegen sich mehr oder weniger in einem Dunst von schwammigen und nebulösen Floskeln. So gilt es wohl, mit etwas Struktur an diese Frage heranzugehen. Inwieweit ist denn heute schon eine Art Wirtschaftsregierung vorhanden, wenn wir uns die Institutionen Europas kurz ansehen? Der geld- und währungspolitische Teil ist bereits über die EZB - zumindest im Euro-Raum - zentral organisiert, der Haushaltspolitik wird über den sog. Stabilitäts- und Wachstumspakt ein Rahmen gesetzt und wenn wir die Wettbewerbspolitik genauer betrachten, so stellen wir fest, dass die europäische Kommission hier die Oberaufsicht führt. Das bedeutet: Es gibt schon eine starre, institutionalisierte Form einer Wirtschaftsregierung in Europa. Der Wirtschaftsnobelpreis-

träger Paul Krugman kommentiert dies so: "Die Veränderungen in der Welt gehen in eine Richtung, in der Flexibilität mehr bewirkt als Disziplin." Bei Betrachtung der drei genannten Institutionen und bei einem Streifzug durch die Debatten im Zuge der Krise fällt auf, dass besonders die „Musterschüler“ Europas auf Disziplin setzen. Dies wird exemplarisch immer bei der Frage der nationalen Haushalte erkennbar.

Und so stellen wir fest, dass diese „drei Musketiere“ der europäischen Administration wohl nicht dazu geeignet waren, dieser Krise entsprechende präventiv entgegenzuwirken. Auch die deutsche Heilige Kuh der Außenhandelsüberschüsse darf nicht zum Thema gemacht werden. Aber sind es nicht genau diese außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte in der Welt, wie im besonderen Maße in Europa, die zu einer Verschuldung der privaten wie staatlichen Haushalte geführt haben? Es gilt wohl eine simple ökonomische Regel: Es gibt immer ein Gleichgewicht - wenn sich ein Wirtschaftspartner verschuldet, so muss ein anderer Kapital als Kredit zur Verfügung stellen. Es bleibt festzustellen: global betrachtet gibt es nur einen Binnenmarkt. Interessanterweise wird im deutschen



Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967 neben Vollbeschäftigung, Preisniveaustabilität und Wirtschaftswachstum auch ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht als Ziel festgelegt. Dies scheint im Zuge der deutschen Exportweltmeisterextase vollkommen in Vergessenheit geraten zu sein.

Doch welche Politik führt eigentlich zu diesen exorbitanten Exportüberschüssen? Die Festlegung eines Inflationsziels von 2 % für den gesamten Euro-Raum impliziert, zumindest könnte man das so vereinfacht deuten, ein Wachstum der Löhne in gleicher Höhe. Dies wird jedoch von den Institutionen Europas, hier im besonderen Maße der EZB, nur für den gesamten Euroraum, jedoch nicht für die einzelnen Volkswirtschaft-

ten betrachtet. Beispielsweise lagen in Spanien und Griechenland die Lohnzuwächse deutlich über der mit der Preisstabilität zu vereinbarenden Marge. Dies konnte hingenommen werden, da es auf der anderen Seite Länder wie Deutschland gab, die die Preisstabilität von unten her verletzten, d. h. Lohnzurückhaltung gepaart mit massiven Einschnitten in die sozialen Sicherungssysteme. Dies zeigt: Was für den Euroraum insgesamt die Regeln erfüllt, kann bei Betrachtung der einzelnen Volkswirtschaften deutlich abweichen. So konnte Deutschland seine Wettbewerbsfähigkeit im Außenhandel auf Kosten seiner europäischen Partner und der eigenen Bevölkerung massiv steigern (In Anlehnung an Gustav A. Horn „Des Reichums fette Beute“).

EINE WIRTSCHAFTSREGIERUNG FÜR EUROPA!

Es zeigt sich anhand dieses Beispiels, dass wohl Reformen in Europa Not tun um langfristig diese Problematiken in den Griff zu kriegen. Und so stehen die Forderungen besonders von Frankreich und Deutschland im Raum, eine europäische Wirtschaftsregierung einzurichten die sich zweimal im Jahr trifft, und eine Abstimmung der Wirtschafts- und Haushaltspolitik der EU-Mitgliedsländer zur Aufgabe hat. Inwieweit hier demokratisch legitimierte Gremien, wie die nationalen Parlamente oder das Europaparlament, außen vorgelassen werden und ob dies der Legitimation der europäischen Union gut tut, muss kritisch hinterfragt werden. Kungelrunden von Staats- und Regierungschefs scheinen wohl nicht das geeignete Mittel zu sein transparent und offen die Probleme innerhalb Europas auf wirtschaftlicher Seite anzugehen! Und inwieweit ein Gremium, welches nur zweimal im Jahr mit diesem schwammigen Auftrag tagt, einen Beitrag zur Problemlösung erbringen kann, bleibt weiter fraglich.

So steht wohl die Lösung der aktuellen Probleme im Vordergrund, bei denen ich hier nun exemplarisch einige aufzeige:

Regulierung der Finanzmärkte! Es ist skurril, dass mittlerweile die Finanzmärkte den Rücktritt ganzer demokratisch legitimierter Regierungen wie

in Italien und Griechenland bedingen. Der Primat der Politik muss wieder hergestellt werden!

Einführung einer Finanzmarkttransaktionssteuer um die Verursacher der Krise an den Kosten der Krise zu beteiligen.

Schaffung eines Instruments zum Ausgleich der Außenhandelsungleichgewichte innerhalb des Euro-Raums. Stärkung der Binnenkonjunktur der Überschussländer.

Schaffung einer Möglichkeit zur Refinanzierung von Staaten in Krisenzeiten direkt bei der EZB. Dies muss natürlich innerhalb eines klaren Regelwerks erfolgen.

Der Abschied vom einseitigen Credo der Stabilität hin zu einer Gleichberechtigung von Stabilität und Wachstum!

Es zeigt sich wohl schon bei diesem kurzen Streiflicht durch diese Problematiken, dass eine bloße Schaffung einer Wirtschaftsregierung, wenn dieses Gremium überhaupt diesen Namen verdient, allein der Königsweg ist. Viel entscheidender ist die Marschrichtung zur Bewältigung der Krise. Und so zeigt sich: Eine Wirtschaftsregierung allein ist keinesfalls der Weisheit letzter Schluss!

Kein Europa ohne Griechenland!

Ein Plädoyer für europäische Solidarität und gegen nationalistische Deutschtümelei

von **Thomas Asböck**

stellv. Landesvorsitzender der Jusos Bayern
und Mitglied im Bezirksvorstand der Jusos
Niederbayern

Der Fraktionsvorsitzende der Partei DIE LINKE im Deutschen Bundestag, Dr. Gregor Gysi, brachte es in der Debatte über das zweite Griechenland-Hilfspaket am 27.02.2012 auf den Punkt. An die Adresse der Bundesregierung sagte er: „Sie diktieren Griechenland Versailles, wo es eigentlich Marshall bräuchte. Das ist der Fehler.“ Griechenland bekommt neues Kapital in Höhe von 130 Milliarden Euro bis zum Jahr 2014 – nicht geschenkt, sondern in Form von Krediten. Das ist der gute Teil der Nachricht. Der schlechte Teil ist: Griechenland erhält die Kredite nur, wenn es umfangreiche Sparmaßnahmen umsetzt, die die Wirtschaft des Landes weiter strangulieren.

Das konservativ regierte Europa folgt damit einmal mehr der neoliberalen Doktrin, allein durch Sparmaßnahmen Staatshaushalte konsolidieren und Schulden abbauen zu wollen. Ein Rezept, das noch nirgends funktioniert hat, auch nicht in Deutschland. Die Bundesrepublik hat in den letzten Jahren mehrere enorme Einschnitte vor allem im sozialpolitischen

(Sozialtransfers) und im fiskalpolitischen Bereich (Staatsinvestitionen) hinter sich. Neuerdings steht im Grundgesetz und in mehreren Länder-Verfassungen die sogenannte „Schuldenbremse“, ein Neuverschuldungs-Verbot. Man kann nun wirklich nicht behaupten, dass diese Maßnahmen in der Vergangenheit dazu geführt hätten, die Verschuldung der öffentlichen Haushalte einzudämmen oder gar zurückzuführen. Im Gegenteil: Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte in Deutschland betrug zum 31.12.2010 exakt 2.000 Milliarden Euro. Fünf Jahre vorher waren es 1.524 Milliarden Euro.

Manch einer mag da jetzt einwenden, dies sei vermutlich der Wirtschafts- und Finanzkrise, die 2008 über uns hereinbrach, geschuldet, aber das ist sicher zu kurz gegriffen, denn auch vorher stieg die Staatsverschuldung kontinuierlich an: von 1.019 Mrd. im Jahr 1995 über 1.211 Mrd. im Jahr 2000 bis zu den heutigen Höchstständen. Deutschlands Schuldenstandsquote gemessen an der Wirtschaftsleistung (BIP) beträgt aktuell 80% des BIP. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt der Europäischen Union, dessen Grundlage der EU-Vertrag von Maastricht (1992) ist, legt als dauerhafte Stabilitätskriterien eine maximale Schuldenstandsquote von

KEIN EUROPA OHNE GRIECHENLAND!

max. 60% des BIP und eine Haushaltsdefizitgrenze von max. 3% des BIP fest (sog. „Maastricht-Kriterien“).

Deutschland verletzt derzeit die Kriterien zum Teil deutlich und befindet sich damit in bester Gesellschaft mit vielen EU-Staaten (Frankreich, Spanien, Niederlande, Österreich, Portugal, Belgien, Italien, Griechenland). Die Defizitquote lag 2010 in der Eurozone bei 6,3% - das ist doppelt soviel wie nach Maastricht erlaubt! Deutlicher ist kaum noch darstellbar, wie wirkungslos und unsinnig der Sparwahn in der europäischen Fiskalpolitik ist! Trotz dieses Befundes aber oktroyiert man gerade Griechenland diesen Wahnsinn auf. Der verordnete Sparzwang setzt einen Teufelskreislauf in Gang, der es Griechenland unmöglich macht, durch eigene Anstrengungen aus der Schuldenkrise herauszukommen. Niemand kann heute sagen, wie nachhaltig er die ohnehin darniederliegende griechische Volkswirtschaft irreparabel zerstört.

Die Situation in Griechenland und die Begleitmusik in Deutschland:

Die griechische Finanzkrise entstand nicht über Nacht, sie hat sich bereits seit vielen Jahren entwickelt und gipfelte letztendlich 2010 infolge der weltweiten Banken- und Wirtschaftskrise, die Europa mit voller Wucht traf, in eine drohende Zahlungsunfähigkeit Griechenlands. Spätestens seit

der griechische Staatsbankrott droht, ist es aus mit der Freundschaft zwischen Deutschen und Griechen. Zwar äußerten einem ARD-Deutschlandtrend von Juni 2011 zufolge 63% der Deutschen Verständnis dafür, dass die Griechen gegen die einschneidenden Sparmaßnahmen demonstrieren, jedoch lehnt eine Mehrheit der Deutschen eine finanzielle Unterstützung Griechenlands in der Schuldenkrise ab.

Die Griechen sind quasi von einem Tag auf den anderen zu unserem alleinigen Sündenbock für die Finanz- und Währungskrise im Euroraum geworden. Ungeachtet dessen, dass auch andere Euro-Länder wie Italien, Portugal, Spanien und Irland mit krisenhaft hohen Staatsschulden zu kämpfen haben und auch etliche wirtschaftlich „soliden“ Euroländer wie Deutschland, Frankreich, Österreich und Holland schon seit Jahren die Maastricht-Kriterien verletzten, kanalisiert sich unsere ganze Wut auf Griechenland: diese Trickser, die seit Jahren die EU-Kommission belogen und betrogen haben, was ihre Staatsfinanzen anbetrifft; diese Faulenzer, die sich alle frühverrenten und sich die südeuropäische Sonne auf den Bauch scheinen lassen, während wir hier 40 Wochenstunden oder mehr und künftig auch noch bis zum 67. Lebensjahr arbeiten; diese Schuldenmacher, die sich von uns Geld pumpen und dann auf unsere Kosten in Saus und Braus leben; diese Undankbaren, die statt Worten des Dankes und der Demut uns auch

noch auslachen, als Nazis beschimpfen und Deutschland-Fahnen anzünden... Und überhaupt... Warum wir die nur die ganze Zeit mitschleppen müssen? Die hätten damals den Euro gar nicht einführen dürfen. Sollen sie jetzt halt wieder austreten. Sie sind doch ohnehin nur ein Klotz am Bein für unsere Wirtschaft und in finanzieller Hinsicht sowieso ein Fass ohne Boden.

Die Griechenland-Debatte in der deutschen Öffentlichkeit hat längst die sachliche Ebene verlassen. Schuld daran hat auch die Politik. Statt der Öffentlichkeit die Notlage Griechenlands, das Handeln der EU-Staaten und vor allem die unabsehbaren Folgen eines Auseinanderbrechens der Währungsunion zu erklären, bedienen vorrangig konservative Politiker wie Bundesinnenminister Friedrich oder Bayerns Finanzminister Söder aus rein populistischen Erwägungen heraus die Vorbehalte in der Bevölkerung und fordern ebenfalls einen „geordneten Ausstieg“ Griechenlands aus der Währungsunion und die Rückkehr zur Drachme. Wen wundert es da, wenn die Griechen mittlerweile nicht mehr nur gegen die Sparmaßnahmen, sondern nun auch gegen die deutsche Bundesregierung demonstrieren?

Aber Griechenland war ja nicht immer unser Schmutzkind. Nach dem EG-Beitritt 1981 profitierte die griechische Wirtschaft zunehmend von der wirtschaftlichen An-

bindung des Landes an das Wirtschaftsgeschehen der europäischen Industrienationen und den für die damals neu aufgenommenen Mittelmeerstaaten eingerichteten Kohäsionsfonds der Europäischen Gemeinschaft. Seit dem Jahr 2000 führten der Beitritt Griechenlands zur Eurozone, extensive Infrastrukturmaßnahmen sowie verschiedene Großereignisse wie zum Beispiel die Olympischen Spiele im Jahr 2004 zu einer Stimulierung der griechischen Wirtschaft und einem wirtschaftlichen Aufschwung.

Die stark wachsende griechische Wirtschaft benötigte viele Rohstoffe, Waren und Dienstleistungen aus dem Ausland. Es kam zu hohen Importüberschüssen, so dass sich eine steigende Verschuldung gegenüber dem Ausland ansammelte. Auch die deutsche Wirtschaft verdiente gut daran. Seit dem Jahr 2000 verzeichnet Deutschland zum Teil riesige Leistungsbilanzüberschüsse, d.h. wir exportieren deutlich mehr ins Ausland, als wir vom Ausland in Form von Importen beziehen. Dieser Überschuss war im Jahr 2007 mit 174 Mrd. Euro am größten und betrug auch 2010 noch 127 Mrd. Euro. 63% aller deutschen Exporte gehen in die 26 weiteren EU-Staaten, und 42% allein in die Staaten der Eurozone. Unsere Haupt-handelspartner sind also die Staaten der europäischen Währungsunion. Der Umkehrschluss lautet: Je mehr wir in diese Staaten exportieren – je größer also unsere

KEIN EUROPA OHNE GRIECHENLAND!

Exportüberschüsse sind – desto größer sind folgerichtig in diesen Staaten auch die Importüberschüsse und die Verbindlichkeiten gegenüber uns.

Das alleine erklärt selbstverständlich nicht die enorme Verschuldung Griechenlands, es ist aber ein wesentlicher Teil der Wahrheit, der in der stattfindenden öffentlichen Diskussion so gut wie keine Rolle spielt. Wesentlich ursächlich für die griechische Finanzkrise waren in der Vergangenheit folgende Aspekte:

- **der Beitritt zur Währungsunion:** Das Land beraubte sich seiner nationalen Geldpolitik, mit der es die geringere Wettbewerbsfähigkeit seiner Wirtschaft zuvor ausgleichen konnte (der Euro und damit auch griechische Exporte verteuerten sich seit 2000 um mehr als 15%);
- **die oben beschriebene expansive Haushalts- und Wirtschaftspolitik** seit dem Beitritt zur Eurozone (die zunächst für gutes Wachstum sorgte, aber die Ausgaben in die Höhe trieb);
- **überdurchschnittliche Lohnerhöhungen** im privaten und öffentlichen Sektor (z.B. Steigerungen von 12-15% im Jahr 2002), die nicht in Relation zum Produktivitätswachstum standen;
- **Überdurchschnittlicher Konsum und unterdurchschnittliche Investitionen:** der Investitionsbedarf in die Infrastruktur wurde insbesondere nach den ersten Spardiktaten aus Brüssel im Jahr 2010 nicht mehr gedeckt, die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft sank und der hohe Konsum konnte nur noch auf Pump finanziert werden;
- **Intransparenz bei den Staatsausgaben und Korruption** im Verwaltungsapparat
- **Geringe Staatseinnahmen:** Steuern senken war nicht nur in Deutschland, sondern auch in Griechenland hipp. Vor der Krise hatte das Land die Besteuerung von Gewinn- und Vermögenseinkommen auf 15,9% gesenkt – einem Niedrigstwert in der EU;
- **Unbesteuerte Schattenwirtschaft:** Mit einem Anteil von gut 40% des griechischen BIPs ist der Anteil der Schattenwirtschaft in Griechenland überdurchschnittlich hoch; Schätzungen für Deutschland belaufen sich auf 15% des BIPs. Dadurch entgehen dem Land jährlich Steuereinnahmen von bis zu 30 Mrd. Euro;
- **internationale Finanzkrise:** trotz hoher Staatsschulden erhielt Griechenland an den Finanzmärkten lange Zeit zu ähnlich günstigen Konditionen

Geld, wie EU-Staaten mit niedriger Verschuldung. Offenbar rechneten die Märkte mit einer Schuldenübernahme durch andere EU-Staaten im Falle einer Überschuldung Griechenlands. Erst nach Ausbruch der weltweiten Krise schwand diese Erwartungshaltung an den Finanzmärkten und die Risikoaufschläge für griechische Schuldpaniere stiegen enorm.

Viele selbsternannte ÖkonomInnen hierzulande scheinen zudem den „aufgeblähten griechischen Staatsapparat“ als hauptverantwortlich für die Verschuldung des Landes zu betrachten. Die Fakten halten dem aber kaum stand. Griechenland hat zwar mit 770.000 Staatsbediensteten bei nur 10 Millionen Einwohnern einen überdurchschnittlich stark aufgeblähten Verwaltungsapparat, die Staatsquote (also staatliche Haushaltsausgaben plus Ausgaben für die Sozialsysteme im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt) ist aber nicht übermäßig hoch und sogar niedriger als die deutsche Staatsquote. Nur gelegentlich wird darauf öffentlich hingewiesen, wie z.B. durch Thomas Fricke, dem Chefökonom der Financial Times Deutschland in seiner Kolumne am 04.02.2010 („Ehrenrettung für Griechenland“).

Deutlich anders dagegen sieht es bei Griechenlands Rüstungsausgaben aus. Ihr Anteil am griechischen BIP lag 2007 und 2009 bei 6%. Das ist ein höherer Anteil als

in allen anderen EU-Ländern. Insgesamt gab Griechenland in dieser Zeit jährlich 14 Mrd. Euro für die Verteidigung aus. Die griechische Regierung begründete dies mit den anhaltenden Spannungen mit der Türkei. Ende 2011 lag die Truppenstärke bei fast 130.000 Soldaten. Auch wenn Griechenland 2011 die Rüstungs-Neubeschaffungen um 500 Mio. Euro kürzte, attestierte das „Bonn International Center for Conversion (BICC)“: *„Dennoch hat in Athen bei der Rüstungsbeschaffungspraxis offenbar noch kein grundsätzliches Umdenken eingesetzt. Die deutsche und europäische Politik muss sich deshalb die Frage stellen, ob mit EU-Krediten neue Waffenkäufe Griechenlands ermöglicht werden sollen bzw. wie dies gegebenenfalls zu verhindern ist.“* Warum stehen eigentlich die hohen Militärausgaben Griechenlands in Deutschland nicht zur politischen Debatte? – Ganz einfach: Deutschland will ja seine Rüstungsgüter weltweit verkaufen, auch nach Griechenland. Griechenlands Hauptlieferanten für Rüstungsgüter sind Deutschland, Frankreich und die USA!

Und noch eines spielt hier in Mitteleuropa keine Rolle in den Debatten über die Ursachen der Griechenland-Pleite: Griechenland wird mit dem Flüchtlingsstrom aus Nicht-EU-Staaten alleine gelassen. Das Land ist verpflichtet, die EU-Außengrenze zu sichern. Weil aber täglich 200 neue Flüchtlinge vorzugsweise über die Türkei nach Griechenland einwandern, je-

KEIN EUROPA OHNE GRIECHENLAND!

der achte illegale Zuwanderer in die Europäische Union über Griechenland kommt und sich mittlerweile 300.000 Menschen illegal in Griechenland aufhalten, will das Land nun einen „Schutzwall“ nach mexikanisch-amerikanischen Vorbild errichten. Ungeachtet dessen, dass die humanitäre Situation für alle in Griechenland aufgegriffenen Flüchtlinge katastrophal ist, muss Griechenland mit dem Zustrom auch alleine fertig werden – humanitär und finanziell. Die anderen EU-Staaten sehen darin kein Problem, um das sich die EU als Ganzes zu kümmern hätte, sondern machen es zu einem dezidiert griechischen Problem!

Griechenland hat seit Beginn der Staatsschuldenkrise im Jahr 2010 mittlerweile drei gravierende Sparpakete beschlossen, die dem Land von EU und IWF als Bedingung für finanzielle Rettungsmaßnahmen diktiert worden sind. Einige Maßnahmen wurden schon umgesetzt, andere befinden sich momentan in der Umsetzung. Die wichtigsten davon sind:

- Anhebung der Mehrwertsteuer in mehreren Schritten von 19 auf 23%
- Reduzierung der Verwaltungsausgaben um jährlich 1,8 Mrd. Euro
- Streichung von 13. und 14. Monatsgehältern im öffentlichen Dienst, sowie Einstellungsstopp

- Reduzierung der Stadtverwaltungen von 1.000 auf 370
- Anhebung des durchschnittlichen Renteneintrittsalters von 61,3 auf 63,4 Jahre
- Streichung von Steuerbefreiungen, Anhebung der Vermögenssteuer und weiterer Steuern
- Reduzierung des öffentlichen Dienstes bis 2015 um 150.000 Stellen
- umfangreiche Kürzung von Sozialleistungen (alleine im Gesundheitssystem 1,7 Mrd. Euro bis 2015)
- Verringerung der Verteidigungsausgaben um nur 300.000 Euro pro Jahr
- Verringerung der Investitionen 2011/2012 um 700 Millionen Euro
- Umfangreiche Privatisierungsvorhaben derzeit staatlicher Unternehmen

Linke Kräfte in Deutschland und Europa haben stets kritisiert, dass die von der EU geforderten Sparmaßnahmen Griechenland in eine Rezession treiben und die Verschuldungslage drastisch verschlimmern werden. Man hätte sich zwar gewünscht, nicht Recht zu behalten, aber die Gesetzmäßigkeiten der Volkswirtschaft lassen sich eben nicht einfach außer Kraft setzen. Die Wirtschaftslage verschlech-

terte sich in der Folge, Insolvenzen im privaten Bereich nahmen ebenso zu, wie die Arbeitslosigkeit, welche von 8,5% auf 12% gestiegen ist. Besonders gravierend war der Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit (bis 24 Jahre) von 25% im Mai 2008 auf 40,1 % im Mai 2011. Der wegbrechende Binnenmarkt (weniger Privatkonsum und Staatsinvestitionen) und gesunkene Produktionskosten führten zugleich zu einer stärkeren Exportorientierung: Die Exporte stiegen von 1040 Mio. Euro im Januar 2010 auf 1399 Mio. Euro im Januar und 1835 Mio. Euro im August 2011, jedoch liegen die Importe weiterhin deutlich über den Exporten. Aufgrund der von der EU vorgegebenen Sparzwänge verringerte sich die Wirtschaftsleistung Griechenlands im Jahr 2011 um gut 7,5%. Einer langfristigen Projektion der Volkswirte der Citigroup zufolge dürfte die Wirtschaftsleistung bis einschließlich 2015 auf Jahressicht ohne Unterbrechung schrumpfen. Insgesamt könnte das Bruttoinlandsprodukt am Ende rund 20 Prozent unter dem Niveau vor der Finanzkrise Mitte 2008 liegen.

Mit dem Einbrechen der Konjunktur sanken auch die staatlichen Investitionen drastisch. Die am Finanzmarkt ermittelten Risikoaufschläge auf griechische Staatsanleihen stiegen wieder an und erreichten im September 2010 fast wieder das Niveau des Höhepunktes der Krise im Mai. Bereits 2010 schrumpfte die griechische Wirtschaft um 4,5 Prozent. Um dem ent-

gegenzuwirken, bat die griechische Regierung die Europäische Kommission darum, bestimmte Fördermittel für Griechenland aus den EU-Strukturfonds vereinfacht freizugeben. Diese Fördermittel in Höhe von 15,3 Milliarden Euro konnten von Griechenland zuvor nicht abgerufen werden, da das Land in Folge der Sparmaßnahmen den dafür notwendigen Eigenanteil nicht aufbringen konnte.

Im ersten Halbjahr 2011 betrug die griechische Neuverschuldung knapp 14,7 Milliarden Euro – geplant für das ganze Jahr 2011 waren rund 16,7 Milliarden Euro. Griechenland hat Schulden in Höhe von mehr als 350 Milliarden Euro. Ende 2010 betrugen die griechischen Staatsschulden 143% des BIP; Ende 2011 lagen sie nach Schätzungen der EU-Kommission bei 160% des BIP.

Das zweite Rettungspakt von EU und IWF:

Das im Februar 2012 von den Euro-Finanzministern und dem Deutschen Bundestag gebilligte zweite Hilfspaket hat nun ein Gesamtvolumen von 130 Milliarden Euro und ist bis 2014 angelegt. Das Geld wird aber nur fließen, wenn die Regierung in Athen umfangreiche Reformen zur Sanierung des Staatshaushalts durchführt und stärkere Kontrollen akzeptiert. Eine weitere Voraussetzung ist der Verzicht der privaten Gläubiger auf einen Teil ihrer Forderungen an Griechenland.

KEIN EUROPA OHNE GRIECHENLAND!

100 Milliarden Euro werden demnach in Form von Krediten fließen. Das Geld soll der Regierung in Athen helfen, in den kommenden Jahren den Finanzbedarf des Landes zu decken, und zwar zu vergleichsweise günstigen Bedingungen. Die Finanzhilfen

Geld mit Hilfe dieser Garantien selbst an den Finanzmärkten und reicht es dann zu niedrigen Zinsen an Griechenland weiter. Die Euro-Staaten müssen nur einspringen, falls die Griechen das geliehene Geld nicht selbst zurückzahlen können.



Klassenkampf!

stammen aus dem derzeitigen Euro-Rettungsfonds EFSF. Das ist ein gravierender Unterschied zum ersten Rettungspaket aus dem Jahr 2010. Damals gewährten die Euro-Staaten Griechenland direkte bilaterale Kredithilfen, sie stellten der Regierung in Athen also das Geld selbst zur Verfügung. Wenn beim zweiten Hilfspaket nun alles über den EFSF abgewickelt wird, sagen die Euro-Staaten faktisch nur Bürgschaften zu. Denn der EFSF leiht sich das



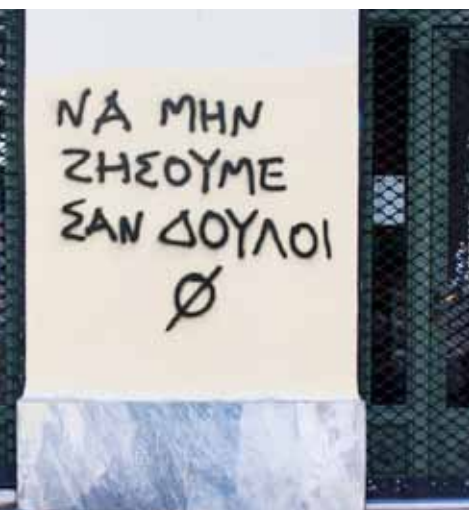
Nicht wie Sklaven

Neben den Krediten in Höhe von 100 Milliarden Euro sind weitere 30 Milliarden Euro als Absicherung von griechischen Staatsanleihen vorgesehen. Diese Zusage soll den Anreiz für die privaten Gläubiger erhöhen, ihre bisherigen griechischen Anleihen gegen neue Papiere mit längerer Laufzeit und niedriger Verzinsung umzutauschen. Denn die Absicherung durch die Euro-Staaten erhöht die Chancen für private Inves-

KEIN EUROPA OHNE GRIECHENLAND!

toren, am Ende der Laufzeit neuer Papiere das gesamte geliehene Geld samt Zinsen zurückzubekommen - und nicht wie bei den aktuellen Papieren einen erheblichen Teil des geliehenen Geldes abschreiben zu müssen.

Der Schuldenschnitt soll in Form eines freiwilligen Tauschs von Anleihen organisiert werden. Private Gläubiger sollen statt der alten Papiere neue Anleihen mit einem niedrigeren Wert erhalten. Zugleich akzeptieren sie für die



leben!



Nicht mehr sparen!

Während sich an der Gesamtsumme staatlicher Hilfen von bis zu 130 Milliarden Euro im Vergleich zum Beschluss des Euro-Gipfels vom Oktober 2011 nichts änderte, sollen die privaten Gläubiger einen größeren Beitrag leisten als damals geplant. Statt auf 50 Prozent sollen sie auf 53,5 Prozent ihrer Forderungen an Griechenland verzichten. Dies entlastet den hoch verschuldeten Staat nach Angaben des Internationalen Bankverbands IIF um 107 Milliarden Euro.

neuen Papiere niedrigere Zinssätze von zunächst zwei Prozent, die erst nach 2020 auf 4,3 Prozent steigen sollen. Die neuen Anleihen sollen zudem längere Laufzeiten von bis zu 30 Jahren erhalten. Für solche Papiere wird die Durchschnittsverzinsung bei 3,65 Prozent liegen. Falls nicht genügend private Gläubiger mitmachen, will Griechenland den Schuldenschnitt notfalls per Gesetz erzwingen.

KEIN EUROPA OHNE GRIECHENLAND!

Noch ist unklar, ob sich neben den Euro-Staaten auch der Internationale Währungsfonds (IWF) am zweiten Rettungspaket für Griechenland beteiligt. Von den 110 Milliarden Euro des ersten Hilfspakets hatte der IWF 30 Milliarden Euro übernommen. Seine erneute Beteiligung macht er aber wahrscheinlich von weiteren Schritten der Europäer im Kampf gegen die Schuldenkrise abhängig. Von einer möglichen Beteiligung des IWF hängt auch die genaue Summe ab, mit der sich Deutschland am zweiten Rettungspaket beteiligen wird.

Mit dem zweiten Rettungspaket ist das Ziel verbunden, die Gesamtverschuldung Griechenlands von derzeit 160% des Bruttoinlandsprodukts bis zum Jahr 2020 auf 120,5% zu drücken. Um dieses Sanierungsziel trotz der düsteren Aussichten für die griechische Wirtschaft zu erreichen, beschlossen die Euro-Finanzminister eine Reihe weiterer Maßnahmen. Sie senkten unter anderem die Zinsen für die laufenden Kredite aus dem ersten Rettungspaket. Hinzu kommt ein Beitrag der Europäischen Zentralbank und der Notenbanken der Euro-Staaten. Deren Gewinne mit griechischen Staatsanleihen sollen über die Euro-Staaten wieder in die Sanierung Griechenlands fließen. Deutschland setzte zudem die Forderung nach einem Sonderkonto durch. Ein Teil der neuen Kredite fließt auf dieses Sperrkonto, das den Zinszahlungen und der

Zurückzahlung von Krediten vorbehalten ist. Es muss dort jeweils genug Geld liegen, um die Schuldentilgung der kommenden drei Monate abzudecken. Die Rückzahlung der Schulden hat Vorrang vor anderen Ausgaben des griechischen Staates.

Es ist gut, dass dieses zweite Hilfspaket nach teilweise absurden Debatten nun beschlossen ist. Es ist gut, dass erstmals auch private Gläubiger in die Pflicht genommen werden. Aber Griechenland ist damit längst noch nicht über den Berg. Die von der EU geforderten drastischen Sparmaßnahmen geben Anlass zu der Befürchtung, dass das Land am Ende kaputt gespart wird.

Sicher, man kann den Griechen vorwerfen, dass sie versucht haben, das Ausmaß der Staatsverschuldung lange Zeit zu verschleiern. Man muss aber im Gegenzug auch privaten US-Großbanken wie Goldman Sachs und JP Morgan vorwerfen, dass sie Griechenland dabei geholfen haben, indem neu aufgenommene Kredite als Währungsgeschäfte verbucht wurden. Im Gegenzug waren künftig zu erwartende Einnahmen, zum Beispiel aus Flughafengebühren und Lotteriegewinnen, abgetreten worden.

Man kann den Griechen aber nicht vorwerfen, die Schuldenkrise ausschließlich alleine verschuldet, in dreister Absicht

über ihre Verhältnisse gelebt und sich auf die Hilfe der EU-Staaten verlassen zu haben. Dr. Hubert Gabrisch, Forschungsdirektor am Institut für Wirtschaftsforschung in Halle und Mitglied des „Kocheler Kreises für Wirtschaftspolitik“ sieht Griechenland als „Sündenbock dafür, dass die EU als Ganzes nicht funktioniert.“ In einem Essay in der FTD vom 25.02.2010 kritisiert er, dass viele EU-Staaten die Maastricht-Kriterien reißen und damit „über ihre Verhältnisse“ leben. Er fragt: „Wie kann es möglich sein, dass ein Land mit einer Einwohnerzahl von 10 Millionen (= 2,2 % der EU), dessen Wirtschaftsleistung deutlich unter dem EU-Durchschnitt liegt, eine größere Bedeutung für die Stabilität des Euro hat als der ganze Rest der EU?“

Gabrisch weiter: „Staaten haben Milliardenprogramme aufgelegt, um private Banken zu retten – mit dem richtigen Argument, dass Banken systemisch relevant sind. Systemrelevanz besitzen aber auch Staaten, vor allem, wenn sie Teil eines größeren Ganzen sind. Und dies wird ja auch so gesehen: Wenn Griechenland fällt, würden Italien, Spanien, Portugal, Irland folgen. Der wirtschaftliche Zusammenbruch eines – wenn auch kleinen Euro-Landes – besitzt also Relevanz für das Eurosystem. Aber dann ist zu fragen, wieso die Rettung von privaten Systembanken richtig ist, die eines Mitgliedsstaates der EU jedoch nicht. Die Stabilität der EU

fußt auch auf den Gedanken von Kohäsion und Solidarität der Mitgliedsländer untereinander. Die fehlende Solidarität mit Griechenland ist ein weiteres Symptom dafür, dass die EU-Institutionen nicht funktionieren.“

Auf die jüngsten Forderungen aus der deutschen Politik und von ifo-Chefs Sinn nach einem Austritt Griechenlands aus der Währungsunion reagiert Prof. Dr. Gustav A. Horn, Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung, am 26.02.2012 im Handelsblatt mit eindringlichen Worten:

„Es geht dann eben nicht nur um die Rettung der griechischen Banken. Die wäre machbar. Es geht darum, dass ein Land in noch tiefere Not gestürzt wird, weil am Tag nach dem Austritt die Preise explodieren werden, was den Lebensstandard gerade der ärmeren Bevölkerung nochmals drastisch senken wird. Gleichzeitig ist die Regierung finanziell handlungsunfähig, weil ihr niemand mehr Geld zu bezahlbaren Zinsen leiht. Die Zinsen werden auch deshalb hoch sein, weil niemand der neuen Währung traut und weil sie niemand will, nicht einmal die Griechen. Ob unter diesen Umständen die von Sinn erhoffte Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit überhaupt eintritt, ist eine Zockerwette auf die wirtschaftliche Zukunft eines Landes.“

Ertug: „Brauchen Marshallplan für Griechenland“

Ismail Ertug, MdEP im Interview mit Johannes Hintermaier



Die Europäische Union befindet sich in einer tiefen Wirtschafts- und Finanzkrise. Wie kommen wir da wieder heraus?

Die Europäische Union braucht eine gemeinsame Wirtschaftspolitik: Die Verschuldung eines Staates, die Zahl der Arbeitslosen und die Höhe der gezahlten Löhne sind keine rein natio-

nale Angelegenheit mehr, seit mehrere Nationen eine Währung teilen. Das zu erkennen ist keine Frage des Wissens, sondern des Anstands und des Verantwortungsbewusstseins. Und Merkels Kurs, allen anderen Staaten den deutschen Weg aufzuzwingen, ist falsch, da er an den unterschiedlichen Problemsituationen vorbei geht und sie teilweise verschärft.

Die hohe Verschuldung der Staaten, wie z.B. Griechenland, gilt als Hauptproblem der Krise. Ist es da nicht richtig, dass zunächst gesparrt werden muss?

Sparen allein wird die Probleme nicht lösen. Man kann das im Moment sehr gut sehen. Da wundern sich so genannte Wirtschaftsexperten, warum die griechische Wirtschaft stärker schrumpft als angenommen. Wenn pauschal Löhne, Gehälter, Renten und Staatsausgaben gekürzt und gleichzeitig Verbrauchssteuern erhöht werden, muss man sich nicht wundern, wenn der Konsum einbricht und Leute reihenweise in Armut abdriften. Das ist höchst gefährlich für den sozialen Zusammenhalt und schürt anti-europäische Stimmungen.

Wer trägt in deinen Augen mehr Schuld an der weltweiten Krise, die Banken oder die Politik?

Das ist so, als würden Sie fragen, ob der Dieb oder der Gesetzgeber mehr Schuld an einem Diebstahl trägt. Ich würde sagen: Spekulation ist unmoralisch, sie muss eingeschränkt oder verboten werden. Genauso unmoralisch wäre es, wenn dies jetzt nach dieser Finanzkrise nicht geschehen würde. Die Banken haben sich im großen Stil übernommen und verspekuliert, weshalb sie mit Steuergeldern gerettet werden mussten. Diese Rettungs-

milliarden stehen jetzt als Schulden in den Haushalten. Deshalb sollten sich die Staaten jetzt auch für die Rettungsaktionen angemessen entschädigen lassen.

Also sind die Banken schuld?

So einfach ist es nicht. Man hat die Banken so groß werden lassen, dass sie einen Staat in den Bankrott ziehen können. Die Regeln für die weltweiten Finanzmärkte wurden von Staaten und Regierungen entworfen – das heißt, sie können sie auch wieder ändern. Zukünftig sollte man deshalb Banken in zwei Bereiche unterteilen: normale Geschäftsbanken und Banken, die spekulieren. Eine Finanztransaktionssteuer, die das Europäische Parlament fordert, könnte ein Instrument gegen ausufernde Spekulation sein und gleichzeitig Geld für den Rettungsfonds und die Investitionsförderung einbringen.

Wenn Sparen nicht hilft, was sollte dann getan werden?

Wir brauchen eine Art „Marshallplan“ für Griechenland. So wie Europa und Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg durch Investitionen wieder aufgebaut wurden, so muss auch in Griechenland investiert werden, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Allerdings dürfen Reformen im Steuersystem und der Ausrichtung der Wirtschaft nicht ausbleiben. Man könnte beispielsweise die günstige

geographische Lage Griechenlands für Solarstromerzeugung und -export nutzen. Im Falle Portugals wird uns ähnliches erwarten.

Finanztransaktionssteuer, Euro-Bonds, Schuldenbremse – viele Rezepte kursieren in der aktuellen Diskussion. Welche Mittel wären deiner Meinung nach die richtigen, um Europa gestärkt aus der Krise zu führen?

Die Schuldenbremse ist ein viel zu starres Instrument, das in Notfallsituationen die Handlungsfähigkeit der Staaten einschränkt und so eine anti-zyklische Wirtschaftspolitik unmöglich macht. Ich bin für die Einführung von Euro-Bonds, insofern sie verknüpft werden mit wirksamen und angemessenen Regeln zur Neuverschuldung und zum Schuldenabbau. Durch die Ausgabe von Staatsanleihen können sich Staaten Geld auf den Finanzmärkten besorgen und müssen Zinsen bezahlen, die sich wiederum an der Bonität des Staates orientieren. Deutschland beispielsweise zahlt für Gelder, die auf zehn Jahre angelegt sind, derzeit 2,5 Prozent Zinsen. Spanien und Italien hingegen müssen 6 Prozent für dieselbe Laufzeit einkalkulieren. Mit der Einführung von sog. Euro-Bonds, also einer gemeinschaftlichen Ausgabe von europäischen Staatsanleihen, könn-

ten diese unterschiedlichen Zinssätze nivelliert werden. Dies würde die Bonität der Krisenländer verbessern und ihnen helfen, sich zu günstigeren Zinsen zu finanzieren. Damit würden Spekulationen gegen Krisenländer verhindert und eine klare Message an die Finanzmärkte ausgestrahlt. Durch die Begrenzung der gemeinsamen Staatsanleihen auf zum Beispiel 60 Prozent könnte man der Verlockung begegnen, Konsum und Verschuldung über niedrige Zinsen finanzieren zu wollen.

Viele Bürgerinnen und Bürgern sehen in der EU nur eine ausufernde Bürokratie und eine große Umverteilungsmaschine, die Geld nach Griechenland schickt. Glaubst du noch an eine europäische Zukunft?

Europa ist im Moment so unpopulär, wie lange nicht mehr. Aber wir alle sind Europa. Wir haben Europa gemeinsam auf den Weg gebracht, haben es zusammen mitgestaltet und müssen es jetzt weiterentwickeln, stabil und sozial gerecht. Die EU hat eine nie dagewesene Zeit an Frieden und Prosperität in Europa gesichert, sie ermöglicht es, frei zu reisen und sich frei niederlassen zu können. Bei allen Nebenwirkungen, die im Moment auftreten, glaube ich fest daran, dass wir mit solidarischer Politik in der Krise ein zukunftsfähiges Europa bauen können.

EUROPA - und nun?

von **Christopher Glas**

ehemaliger Vors. Jusos Niederbayern, Mitglied
AfA Landesvorstand

Wir sind die Zahlmeister Europas - wir müssen den Griechen, Spaniern und neuerdings Italienern sparen lernen, so die Meinung vieler. Oder am besten die Griechen treten aus der EU oder noch besser wir treten aus und nehmen die alte DM-Mark wieder - denn damals war ja bekanntlich alles besser und da kein Teuro, auch viel billiger.

Vermixt mit einer Europaskepsis und der auch in den jeweiligen Nationalstaaten bekannten Politikverdrossenheit, wie oftmals Halbwahrheiten und schlicht Unwissen ein gefährlicher Cocktail, dem nicht nur vielleicht irgendwelche Stammtische nachhängen, sondern auch in so manchen SPD-Köpfen verankert ist und für den Europa-Gedanken nicht gerade förderlich ist.

Dabei war die Idee des Europaparlaments 1979 keine schlechte. Die Erkenntnis einen weiteren Weltkrieg zu verhindern wie gemeinsame ökonomische Interessen (wie schon in der Montanunion angedacht) zu verfolgen waren und sind legitime wie auch wichtige Ziele der EU.

Dies auch durch ein vom Volk gewähltes Parlament zu begleiten ist folgerichtig und sollte eigentlich das Interesse am gemeinsamen Europa stärken und damit den innereuropäischen Prozess weiter fördern.

Tatsächlich scheint es aber das wir uns eher wieder von dieser gemeinsamen Idee verabschieden denn gemeinsam weiter voranschreiten. Zumindest wenn man die Wahlbeteiligung zum Europaparlament ansieht (betrug sie 1979 noch 63% waren es 2009 aber nur noch 43%) ist eine nicht gerade kleine Enttäuschung der Wählerinnen und Wähler ablesbar.

Woran liegt das?

Zum einen am nicht eingelösten Versprechen einer stärken Partizipation der Bürgerinnen und Bürger - der Rat wie die EU-Kommission haben immer noch zu viel alleinige Entscheidungskompetenzen außerhalb des Parlaments - und das trotz vieler Reformen. Es ähnelt daher in vielen Politikfeldern immer noch einem „closed shop“, in dem - ohne das Europaparlament einbinden zu müssen - Entscheidungen gefällt werden. So braucht es folgerichtig nicht zu verwundern, wenn viele Bürgerinnen und Bürger das Interesse an einem geeinten

EUROPA - UND NUN?

Europa verlieren. Hinzu kommt sicher, das zu wenig auch von den Parteien selbst beigetragen wird, inwiefern Europa für die Menschen Fortschritt, Innovation und Wohlstand bedeuten kann. So ist auch von der Sozialdemokratischen Partei Europas (dem Zusammenschluss der europäischen sozialdemokratischen Parteien) bisher kein wirkungsvolles Projekt eines sozialen Europas wahrnehmbar. Themen gäbe aber zuhauf: Die (drohende) (Alters-) Armut, die hohe Arbeitslosigkeit (auch der Jugend), der Erhalt und die Reform funktionierender solidarischer Sozialversicherungssysteme um nur einige zu nennen.

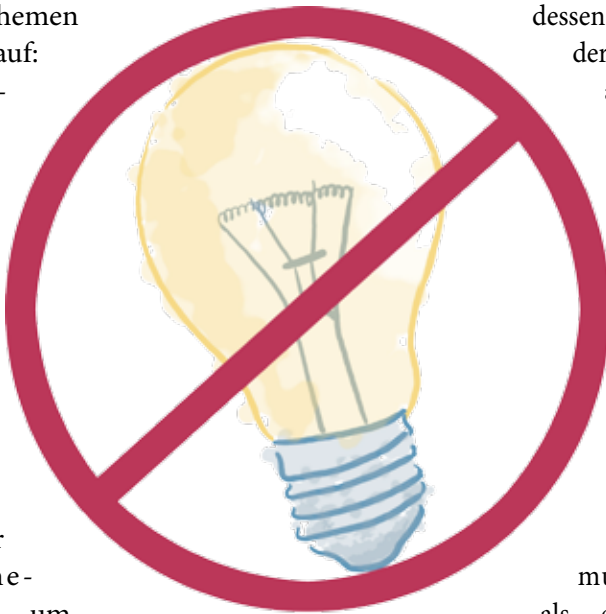
Natürlich legt das mit daran dass in der letzten Dekade die Sozialdemokratie auch in den jeweiligen EU-Staaten ihre Vorstellungskraft, wie wie sich die Gesellschaften weiter entwickeln sollen, verloren haben.

Aber Probleme sind bekanntlich dazu da angegangen zu werden. Dass dies evident ist zeigen nicht nur die aktuellen Unruhen in Großbritannien .

Wir brauchen also primär keine Duschkopf-Verordnung noch das Glühbirnen-Verbot (diese 1-2 % des Gesamtenergieverbrauches eines Privathaushaltes ist schließlich zunächst von keiner hoher Relevanz).

Die Politik muss stattdessen die Bedürfnisse der Leute stärker aufgreifen, gerade in sozialer und wirtschaftlicher hinsicht. Gerade hier wäre die europäische Sozialdemokratie gefragt. Stattdessen wird die Streichung der Gurkenkrümmungsverordnung als ein erfolgreicher Kampf gegen die Bürokratie

beschlossen. Aber auch hier zeigte sich dass die Bedürfnisse der davon wirklich Betroffenen nicht groß beachtet wurden. Denn vielen Großhändlern war die Klassifizierung nur recht. So wird sie auch - Europa Gesetz hin oder her - weiterhin zur Einteilung inoffiziell beibehalten.



Mit Wirtschaftsförderung gegen die Leiharbeit

Öffentliche Fördermittel an soziale Mindeststandards binden

von **Florian Huber**

Stellv. Vors. Jusos Niederbayern

Nach einer abstürzenden wirtschaftlichen Entwicklung im Krisenjahr 2009 konnte bis zum Jahr 2011 vor allem der deutsche Wirtschaftsstandort im internationalen Vergleich oft vorzeigbare Wirtschafts- und Arbeitsmarktdaten vermelden. Doch bislang hatte jeder Aufschwung in der jüngsten Vergangenheit der Bundesrepublik seine Schattenseiten: Zum einen sind in keinem Land der Europäischen Union die Löhne so langsam angestiegen wie in der Bundesrepublik - ein Problem der tariflichen Lohnpolitik und fehlender Mindestlöhne. Zum anderen ist jedoch auch eine rekordverdächtige Zunahme bei unsicheren Arbeitsverhältnissen und Leiharbeit sichtbar. Als eine deutsche politische Jugendorganisation befinden wir uns in einer Gesellschaft, die prekäre Beschäftigung nicht nur durch unzureichende Gesetzgebung und fehlende Mindestlöhne erlaubt, sondern auch noch vorschreibt. So werden beispielsweise im Zuge sich anbahnender Demonstrationen oder Ta-

rifverhandlungen die Vertreter der Arbeitnehmerinteressen von Teilen der Medien und politischen Interessensvertretern dazu angehalten, im Sinne der künftigen wirtschaftlichen Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit auf erhebliche Verbesserungen zu verzichten. Darüber hinaus wird häufig argumentiert, dass Leiharbeit ein probates Mittel sei, um Betrieben mehr Flexibilität und Handlungsspielraum zu ermöglichen.

Da es sich aber hier um eine Frage der wirtschaftspolitischen Grundauffassung handelt, hat sich mittlerweile auch die Gegenposition als möglich, umsetzbar und erst recht als „finanzierbar“ erwiesen: Die Regierung des Freistaats Thüringen hat im April 2011 eine bundesweit beispielgebende Initiative ergriffen: Die Wirtschaftsfördermittel des Landes werden künftig an soziale Mindeststandards geknüpft, um dort den sprunghaften Anstieg der Leiharbeit zu stoppen. In der Bundesrepublik Deutschland betreibt jedes Bundesland eine staatliche Wirtschaftsförderung, zum Teil existieren auch regionale oder kommunale Stellen in Ballungszentren,

größeren Städten und Landratsämtern. Dabei werden Unternehmen durch staatliche Maßnahmen gefördert und unterstützt, beispielsweise durch finanzielle Unterstützung, Vorzugskredite für Gründungen oder Technologieparks. Auf Initiative des Thüringischen Ministers für Wirtschaft, Arbeit und Technologie Matthias Machnig (SPD) hat der Freistaat Thüringen beschlossen, der Leiharbeit durch Wirtschaftsförderung mit sozialen Mindeststandards einen Riegel vorzuschieben. Danach erhalten Firmen, mit einem Leiharbeitsanteil von über 30 Prozent, keine Fördermittel bei Erweiterungsinvestitionen. Wer eine Quote von über 10 Prozent hat, erhält nur noch einen bestimmten Basissatz. Dieses Modell sieht die Aufgabe der Wirtschaftsförderung darin, die Entstehung regulärer Beschäftigung zu unterstützen. Eine vielversprechende Maßnahme, zumal Thüringen seit Jahren mit Abwanderung und Niedriglohn-Image zu kämpfen hat. Vor allem für junge Menschen stellen sich hohe Leiharbeitsquoten als Problem heraus. Nach Angaben der IG Metall ist jeder zweite Leiharbeiter in Thüringen jünger als 30 Jahre. „Alle 40 Minuten verlässt ein Thüringer sein Land.“, betonte einst der Vorsitzende im DGB-Bezirk Hessen Thüringen Stefan Körzell. Förderfä-

hige Unternehmensprojekte werden in Thüringen fortan im Rahmen eines Verfahrens ausgewählt, in dem als Kriterium vor allem die Schaffung neuer Arbeitsplätze ausschlaggebend ist. Erste Ansiedlungserfolge zeichnen sich ab und in Berlin ist der rot-rote Senat seinerzeit unter Wirtschaftsminister Harald Wolf (Linke) dem Thüringer Modell ebenfalls gefolgt. Die Schaffung und Förderung sicherer Arbeitsverhältnisse mit existenzsicherem Erwerbseinkommen ist Grundvoraussetzung für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und sozialen Fortschritt, insofern sind alle Landesregierungen aufzufordern, dem Thüringer Modell zu folgen.

Links:

„Machnig: Kein Änderungsbedarf bei Wirtschaftsförderung“ (Pressemitteilung des Thüringer Ministeriums für Wirtschaft,

Arbeit und Technologie, 25.08.2011, <http://thueringen.de/de/tmwat/aktuelles/pressemitteilungen/57806/uindex.html>)

„Thüringen knüpft Wirtschaftsförderung an feste Jobs“ (IG Metall, 29.03.2011, <http://www.igmetall.de/cps/rde/xchg/internet/style.xsl/thueringen-fuer-faire-und-sichere-arbeit-7288.htm>)

POSITIONSPAPIER

Rettet die Währungsunion – es ist fünf vor zwölf!

Die Krise in der Eurozone spitzt sich weiter zu. Immer mehr Mitgliedsländer geraten in den Fokus spekulativer Attacken der Finanzmärkte, selbst bestgeratete Kernländer müssen um ihr Spitzenrating bangen. Die Finanzmärkte treiben die Politik vor sich her. Die Eurozone droht an einem zaghaften, zögerlichen und zutiefst marktgläubigen Krisenmanagement zu zerbrechen. Die politisch Verantwortlichen reagieren nur noch und sie tun das mit falschen Rezepten! Sie beteuern den Willen, den „Märkten“ zu entsprechen, statt sie zu bändigen. Die Regierungen und die EU-Kommission selbst gestehen den Finanzmärkten die Rich-terrolle über die Staaten und ihre Bürger zu, anstatt solidarisch das Primat der Politik durchzusetzen. Die den Krisenländern aufgezwungene harte und einseitige Sparpolitik führt noch tiefer in den Abgrund und europaweit in die Rezession. Millionen Menschen leiden unter den Diktaten der „Troika“. Es ist zu allererst die deutsche Bundesregierung, die mit ihrem doktrinären Sparwahn, ihrer ideologischen Marktfixierung und ihrem dogmatischen Zentralbankverständnis eine Lösung der Krise verhindert. Mit ihren klammheimlichen Über-

legungen zu „Elitebonds“ lässt sie sogar ihre Bereitschaft erkennen, die Spaltung der Eurozone aktiv zu betreiben. Es ist höchste Zeit, dass die Finanzjongleure und die Vermögenden ihren Beitrag zur Krisenbewältigung leisten und die Priorität auf Wachstum und Beschäftigung ausgerichtet wird.

Die deutsche und europäische Politik braucht eine sofortige Kehrtwende. Wir fordern deshalb: Staatsanleihen garantieren, Refinanzierung aller Euro-Länder sichern, Transfers in die Finanzmärkte stoppen, Wachstum und Beschäftigung fördern.

- Der Rettungsfonds (EFSF) erweist sich in allen Varianten als unzulänglich. Es fehlt ein Rettungsanker, an dem sich alle Anleger orientieren können und müssen. Es fehlt eine glaubwürdige Institution, die die Märkte lenkt, den Kurs vorgibt und die Zinsen für Staatsanleihen auf ein volkswirtschaftlich verträgliches Niveau drückt. Dreh- und Angelpunkt jeder vernünftigen Lösung ist und bleibt in einer entwickelten Volkswirtschaft die Zentralbank. Sie ist

und bleibt der Kreditgeber letzter Instanz. Auch wenn die Satzung der EZB ihr die direkte Finanzierung der Eurostaaten untersagt, kann und muss der Rettungsfonds diese Stabilisierungsrolle im Zusammenspiel mit der EZB übernehmen. Dafür soll der Rettungsfonds mit einer Banklizenz ausgestattet werden, um sich wie jede andere Geschäftsbank bei der EZB refinanzieren zu können. Dadurch kann der Rettungsfonds seine Kreditkapazität unbegrenzt aufbauen und notfalls unbegrenzt zu günstigen Bedingungen die Staatsanleihen aufkaufen. Spekulieren gegen den Rettungsfonds oder Staaten wäre dann schlicht sinnlos und die drohende Staatsinsolvenz der Euroländer gebannt. Auf dieser Basis können auch Euro-bonds den Markt beruhigen und den zersplitterten Markt für Staatsanleihen vereinen. Ohne die Banklizenz für den Rettungsfonds besteht die Gefahr, dass auch die Eurobonds in einer so verfahrenen Situation „fünf vor zwölf“ nicht wirken würden.

- Das Zinsniveau für Staatsanleihen muss politisch dauerhaft stabilisiert werden. Dann ist das Zinsdiktat der Finanzmärkte gebrochen, das Primat der Politik wieder hergestellt. Der Rettungsfonds kann mit der Unterstützung der EZB das Zinsniveau bestimmen und damit die Benchmark

für alle andere Anleger setzen. Spekulationen auf höhere Zinsen sind dann obsolet. Nur so besteht Aussicht, die Staatsverschuldung in den Griff zu bekommen. Selbstverständlich bedarf es mittelfristig angelegter, verbindlicher Schritte zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte.

- Die Krisenländer brauchen keine die Konjunktur erdrückenden weiteren Spardiktate, sondern Wachstumsimpulse. Deshalb sollen die Euroländer ein umfangreiches europäisches Investitionsprogramm auflegen. Dessen Finanzierung soll durch einen europaweiten Beitrag der Vermögenden und Spekulanten erfolgen.
- Die Leistungsbilanzungleichgewichte müssen abgebaut werden. Für Deutschland als größtes Exportüberschussland heißt das, die Binnen Nachfrage nachhaltig zu erhöhen. Durch Austrocknung des Niedriglohnssektors, Lohnerhöhungen und den Ausbau öffentlicher Investitionen kann Deutschland zum Wachstumsmotor, zu einem attraktiven Absatzmarkt für die Eurozone werden und seinen eigenen Wohlstand steigern. Nur so können andere Länder ihre Entwicklung aus eigener Kraft finanzieren und Defizite abbauen, ohne den Menschen permanenten Einkommensverzicht zuzumuten und

die öffentliche Daseinsvorsorge zu ruinieren. Soziale Mindeststandards bei Löhnen und in den Sozialversicherungssystemen müssen dafür sorgen, dass die drohenden Verarmungs- und Spaltungsprozesse gebremst werden.

- Europas Finanzmärkte müssen rigoros reguliert und volkswirtschaftlich schädliche Geschäfte und Produkte wirksam bekämpft werden. Auch wenn eine drohende Bankenkrise durch die Beendigung der Staatsanleihekrise – wie wir hier vorschlagen – erheblich entschärft wird, gilt dennoch: die Banken sind chronisch unterkapitalisiert. Deshalb müssen Banken, Schattenbanken, Versicherungen und alle Akteure am Finanzmarkt härteren Eigenkapitalvorschriften unterworfen werden, um mögliche Verluste aus eigener Kraft zu bewältigen.

Ohne ein grundlegendes Umdenken und Umlenken bei der Verteilung von Einkommen und Vermögen, ohne eine Redimensionierung des Finanzsektors und ohne mehr Handlungsfähigkeit der Staaten und ihrer öffentlichen Kassen wird es keine Lösung der Finanzkrise in der EU geben.

Europa braucht dringender denn je einen Kurswechsel hin zu mehr qualitätsorientiertem Wachstum, mehr Beschäf-

tigung und mehr Stabilität, damit statt Armut und Arbeitslosigkeit Wohlstand für alle in Europa möglich wird.

ErstunterzeichnerInnen:

Werner Schieder, MdB

Klaus Barthel, MdB

Willi Brase, MdB

Wolfgang Gunkel, MdB

Gabriele Hiller-Ohm, MdB

Dr. Bärbel Kofler, MdB

Daniela Kolbe, MdB

Hilde Mattheis, MdB

Ullrich Meßmer, MdB

René Röspel, MdB

Ottmar Schreiner, MdB

Rüdiger Veit, MdB

Waltraud Wolff, MdB

Ismail Ertug, MdEP

Festung Europa?

Für ein offenes Europa ohne Zäune und Abfangboote!

von **Johanna Uekermann**

Stellv. Juso-Bundesvorsitzende

An den Grenzen der Europäischen Union finden täglich humanitäre Katastrophen und Menschenrechtsverletzungen statt. Die Situation auf Lampedusa in Italien, bei der Flüchtlinge nicht ausreichend mit Nahrungsmitteln versorgt werden konnten oder auch die unwürdigen menschenrechtsverletzenden Zustände in den Auffanglagern in Evros in Griechenland zeigen, dass es sich dabei keinesfalls um Einzelfälle handelt, sondern um System. Die Europäische Union schottet sich ab, sei es mit einer modernen Grenzschutzanlage im Osten oder der EU-Grenzschutzagentur FRONTEX im Süden.

Klar ist, nicht jeder Mensch, der seine Heimat verlässt, flieht. Viele Menschen reisen freiwillig aus, um an einem anderen Ort zu arbeiten, zu lernen oder bei ihrer Familie zu sein (Migration). Andere jedoch sind durch ihre Religion oder Nationalität, durch rassistische Diskriminierung oder politischer oder anderweitiger Verfolgung gezwungen, ihren bisherigen Lebensmittelpunkt hinter sich zu lassen (Flucht). Da es al-

lerdings kaum Möglichkeiten gibt, legal einzuwandern, nehmen viele Menschen einen beschwerlichen Weg auf sich und hoffen auf die Anerkennung als Flüchtling. Aber auch Menschen, die nach der Genfer Flüchtlingskonvention als Flüchtlinge anzuerkennen wären, werden oftmals an der Einreise und dem Zugang zu einem Anerkennungsverfahren gehindert.

Während Hochqualifizierte in den Ländern des Nordens meistens noch willkommen sind und auch politisch Verfolgte im Einzelfall Asyl bekommen, können diejenigen, die vor Armut, Hunger oder auch Perspektivlosigkeit fliehen nicht mit einem herzlichen Empfang rechnen. Sie werden oft zurückgewiesen, kriminalisiert und gedemütigt. Die „sans papiers“, die ihre Identitätsnachweise oft in großer Not verloren haben, sind das „Lumpenproletariat“ der Neuzeit.

Eine „Nützlichkeitsauswahl“ bei Menschen vorzunehmen, die Einwanderungen somit an der ökonomischen Verwertbarkeit festzumachen, widerstrebt jedoch meinem und unserem Verständnis nach der Gleichheit und Würde eines jeden Menschen.



Die Europäische Union braucht deshalb endlich ein umfassendes Konzept, welches auch die Interessen der Migrationswilligen beachtet. Migration darf nicht länger ein sicherheitspolitisches Tätigkeitsfeld sein, sondern ein sozialpolitisches. Dazu müssen gemeinsam mit den Nachbarländern die Ursachen der Flucht bekämpft werden und Lebensbedingungen geschaffen werden, die eine Flucht unnötig machen. Des Weiteren ist der Zugang der Menschen zu Asyl und einem gerechten Asylverfahren von zentraler Bedeutung. Als Asylgründe müssen neben den klassischen auch die Flucht vor nichtstaatlicher Verfolgung anerkannt werden, ebenso wie die Flucht vor

Kriegs- und Konfliktschauplätzen, von Hungerskatastrophen, von Verwüstung, von anderen ökologischen Katastrophen, sowie vor geschlechtsspezifischer Verfolgung und solcher aufgrund von sexueller Orientierung. Ebenso muss die „Drittstaatenregelung“ (Dublin-II-Verordnung), die festlegt in welchem Land ein Flüchtling einen Antrag auf Asyl stellen darf, abgeschafft werden. Es gibt viel zu tun für die europäischen PolitikerInnen. Um Europa offener, solidarischer und humanitärer zu machen, werden wir Jusos deshalb auch weiterhin für unsere Positionen streiten. Denn für uns gilt: Kein Mensch ist illegal. Eine Gesellschaft ohne Grenzen bleibt unsere Vision.

BESCHLUSSLAGE

NATO überwinden - für eine sichere und friedlichere Welt

Die aktuelle sicherheitspolitische Debatte richtet ihren Fokus hauptsächlich auf die Aktivitäten von Schurkenstaaten (Iran, Nordkorea), auf den war on terror, auf internationale Militäreinsätze jeglicher Art, auf Islamismus und in Deutschland auch auf einen möglichen Einsatz der Bundeswehr im Inneren. Dabei wird das Thema nachhaltiger Abrüstung vollkommen ausgeklammert: die weltweit vorhandenen Waffenpotentiale sind nicht im Bewusstsein und auch die NATO, die in den 80er Jahren Ziel der Proteste der Friedensbewegung war, wird nicht mehr problematisiert. Im Gegenteil, der Einsatz militärischer Gewalt wird weitgehend akzeptiert und die NATO wird – leider auch von Teilen der politischen Linken – als legitim erachtet und nicht mehr in Frage gestellt.

Wir Jusos sehen es allerdings als notwendig an, diese vermeintliche Legitimität und Unvermeidbarkeit der NATO in Frage zu stellen und eine Perspektive für eine umfassende und nachhaltige Abrüstung aufzuzeigen. Dazu gehört auch, nicht-militärische Aspekte wieder in die sicherheitspolitische Debatte einzubringen.

Entwicklung der NATO bis 1989

Am 4. April 1949 wurde die NATO (North Atlantic Treaty Organization) ins Leben gerufen. Zu ihren Gründungsmitgliedern zählen die USA, Belgien, Dänemark, Frankreich, die Niederlande, Norwegen, Island, Italien, Luxemburg, Portugal und Großbritannien. 1952 traten außerdem die Türkei und Griechenland der Allianz bei, erst 1982 Spanien.

Im NATO-Vertrag verpflichteten sich die Mitglieder dem gegenseitigen Beistand und der Unterstützung im Falle eines militärischen Angriffes. Grundlage hierfür ist Artikel 5 des NATO-Vertrags, demzufolge ein Angriff auf einen der Mitgliedsstaaten den Bündnisfall auslöst. Mit der Einbindung Nordamerikas demonstrierte die Allianz somit, dass jeglicher politische und militärische Angriff auf Westeuropa zum Scheitern verurteilt wäre. Zum ersten Mal seit der französisch-amerikanischen Allianz 1800 gaben damit die USA ihr Prinzip der Nicht-einmischung in europäische Angelegenheiten auf.

Neben dem Willen, ein Sicherheits- und Verteidigungsbündnis nach dem Ende des zweiten Weltkrieges und im Zuge des Kalten Krieges zu schaffen, gab es jedoch noch weitere Ursachen für die Gründung der NATO. Nicht zuletzt die Wirtschaftskrise im Jahr 1929 trug einen erheblichen Teil dazu bei. Die durch die Wirtschaftskrise, aber auch den zweiten Weltkrieg verheerend geschwächten Staaten Europas (insbesondere Frankreich und Großbritannien) sollten stabilisiert und für die kapitalistische Expansion offen gehalten werden, um eine weitere derartige Krise zu verhindern.

Der Zweck der NATO bestand – und besteht – demnach auch in der militärischen Durchsetzung der westlich-kapitalistischen Ordnung und deren Expansion. Kurzfristig ging es um die Einbindung der Staaten Westeuropas und ihrer Anbindung an die USA. Auch die folgende Integration der besiegten Staaten Deutschland (NATO-Beitritt: 1954) und Italien erfolgte auf verschiedenen Wegen. Ökonomisch gesehen durch den Marshallplan, der einer sozialen und politischen Radikalisierung der Bevölkerung entgegen wirken, die Konjunktur beflügeln und die Staaten somit ideologisch an die USA binden sollte. Die NATO jedoch, als militärischer neu geschaffener Arm der Alliierten, sollte dieses Ziel längerfristig durchsetzen

und garantieren, dass keinerlei sozialistische Bestrebungen im Einflussbereich der USA zum Zuge kommen.

In den darauf folgenden Jahren und den Zeiten des Kalten Krieges standen sich die NATO und die 1955 als Gegengewicht gegründete Warschauer Vertragsorganisation (WVO) antagonistisch gegenüber. Dabei änderte die NATO mehrfach ihre militärische Strategie gegenüber der WVO.

Zunächst setzte die NATO der Sowjetunion und deren Verbündeten die Strategie der massiven Vergeltung entgegen, die einen atomaren Gegenschlag im Falle eines Angriffes von Seiten der Sowjetunion vorsah.

1967 schwenkte die Allianz auf eine neue Strategie der flexible response (flexible Antwort) um, der zufolge verschiedenste Einsatzmöglichkeiten zum Zuge kommen können, angefangen von konventionellen Schlägen bis hin zu nuklearen Waffen.

Der NATO-Doppelbeschluss von 1979 ermöglichte außerdem 1983 die Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen in Europa. Erst durch erhebliche Proteste von Seiten der Friedensbewegungen und dem Ende des Ost-Westkonfliktes kam es zu deren Abzug.

Entwicklung seit 1989

Mit dem Ende des Ost-Westkonflikts und der Auflösung der Blockkonfrontation verlor die NATO ihren eigentlichen Sinn: die militärische Verteidigung des Westens bei einem Angriff des Warschauer Pakts. Eine umfassende Abrüstung auf beiden Seiten wäre zu erwarten gewesen. Allerdings blieb nicht nur diese Friedensdividende aus, sondern es wurde im Gegenteil sogar munter aufgerüstet. Die NATO setzte dabei auf doppelte Expansion: ihrer Aufgaben und ihres Einflussbereiches. Auch nach dem Ende des Kalten Krieges zeigte sich die NATO nicht willens, die durch ein interdependentes Verteidigungsbündnis vorhandenen Abrüstungspotentiale zu verwirklichen, ganz im Gegenteil fördert die NATO eine qualitative Aufrüstung ihrer Mitglieder.

Entgegen ihrer früheren Versprechungen begann die NATO bereits in den 90ern ihre Expansion nach Osteuropa und „wilderte“ damit im ehemaligen russischen Einflussbereich. Die daraus resultierenden Spannungen halten bis heute an und wurden in den letzten Jahren zusätzlich durch die Pläne für die Stationierung eines Raketenabwehrsystems in Osteuropa weiter angeheizt. Dieses Vorgehen der NATO sorgt für Konfliktpotential auf dem europäischen Kontinent. Durch eine

Einkreisung Russlands wird zusätzliche Unsicherheit geschaffen, die die Aufrüstungsspirale weiter dreht.

Ursprünglich als Verteidigungsbündnis gegründet, wurde der Aufgabenbereich Anfang der 90er Jahre ausgedehnt auf andersartige, auch nicht militärische Bedrohungen und Risiken. Darunter fallen der internationale Terrorismus, nukleare Proliferation, unkontrollierte Migrationsbewegungen oder auch der Zugang zu Rohstoffen und die Sicherstellung von Handelsrouten. Diese so genannten „Nicht-Artikel-5-Einsätze“ sind ein strategischer Wandel weg von einem Verteidigungs- und Sicherheitsbündnis hin zu einem aggressiven Militärbündnis, das offensiv westlich-kapitalistische Interessen vertritt.

Gewaltmonopol der UNO stärken!

Die NATO selbst sowie insbesondere die USA untergraben das Gewaltmonopol der UNO, indem sie entweder bündnisintern definieren, wann die Sicherheit gefährdet ist oder sogar am Bündnis und an der UNO vorbei Koalitionen für militärische Einsätze schmieden. Sicherheit wird nicht durch militärische Bündnisse und Allianzen erzeugt und gewährleistet, sondern durch zivile Kooperation und nachhaltige Zusammenarbeit.

Das Beispiel des Irakkrieges verdeutlicht, dass das Bündnis für die USA nur unter gewissen Bedingungen nützlich ist. Die Suche nach willigen Koalitionären innerhalb der NATO - und auch außerhalb - für einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg zeigt eindeutig die Unfähigkeit des Militärbündnisses, sich auf ein gemeinsames Vorgehen zu einigen und elementarste Völkerrechtsgrundsätze zu respektieren. Obwohl im NATO-Vertrag ausdrücklich das internationale Gewaltmonopol der Vereinten Nationen anerkannt wird, wurde im Fall des Irakkrieges von einzelnen NATO-Mitgliedern, im Fall des Kosovokrieges von der gesamten NATO darüber hinweggesehen.

Die neueren strategischen Konzepte der NATO legen nahe, dass das Gewaltmonopol der UNO dauerhaft und vielschichtig untergraben wird. Eine Ausweitung des Einsatzgebietes (out of area) und gerade die Verabschiedung vom reinen Verteidigungsbündnis und die damit einher gehende Entwicklung hin zu einer aggressiven Eingreiforganisation (out of treaty) sind nicht akzeptabel.

Nötig ist hier, solange das Bündnis existiert eine Rückbesinnung auf den originalen Inhalt des Vertrages: Respektierung des Gewaltmonopols der UNO, Verzicht auf aggressive Einsätze und Beschränkung auf ein Verteidigungs-

bündnis. Gleichzeitig müssen aber auch bei der inneren Ausgestaltung der UNO demokratische Prozesse gestärkt und Vetorechte einzelner Mitglieder abgeschafft werden. Die Vereinten Nationen als Welt-Gewaltmonopol sind sowohl in ihrer inneren Struktur als auch in ihrer Anerkennung durch Staaten, Bündnisse und Organisationen zu stärken. In diesem Rahmen muss das militärische Potential der UNO unterstellt werden.

Regionale Sicherheitsstrukturen stärken

Neben dem globalen Gewaltmonopol der UNO und deren Rolle für die überregionale Konfliktbewältigung müssen zur Gewährleistung einer nachhaltigen Friedenspolitik auch regionale zwischenstaatliche Kooperation und regionale Sicherheitsstrukturen gestärkt werden. Regionale Bündnisse wie etwa die EU oder die OSZE haben in den letzten 60 Jahren viel dazu beigetragen, dass durch die starke wirtschaftliche wie politische Verflechtung ihrer Mitglieder Konflikte zwischen diesen Staaten praktisch unmöglich erscheinen. In diesem Zusammenhang kann die EU trotz all ihrer Mängel in vielen Politikfeldern durchaus als Vorbild für regionale Integration auch in anderen Erdteilen dienen. Neu entstehende regionale Bündnisse, wie zum Beispiel die Union Südamerikanischer Staaten, können so einen großen

NATO ÜBERWINDEN - FÜR EINE SICHERE UND FRIEDLICHE WELT

Beitrag zur friedlichen Konfliktlösung und damit eine Alternative zu Militärbündnissen wie der NATO darstellen.

Allerdings stehen all diese regionalen Bündnisse vor der Gefahr,

die ein großes Konfliktpotential auf globaler Ebene für die Zukunft befürchten lässt.

Es ist daher nötig, die nichtmilitärische, integrative

zunehmend militarisiert zu werden. Die schleichende Aufrüstung der EU zur europäischen Verteidigungsgemeinschaft ist wohl das offensichtlichste Beispiel hierfür. Damit einher geht eine zunehmende Abschottung nach außen, vor allem gegenüber MigrantInnen aus Entwicklungsländern, sowie ein immer offensiveres Vorgehen bei der Durchsetzung der eigenen regionalen Interessen. Dies ist eine gefährliche Kombination,

Rolle regionaler Bündnisse hervorzuheben und zu stärken. Nur dann sind sie ein nachhaltiger und zukunftsfähiger Teil einer internationa-

len Friedensordnung. Allen Bestrebungen zur Militarisierung der EU oder anderer regionaler Bündnisse als propagierte Alternative zur NATO stellen sich die Jusos entschieden entgegen.

Konfliktprävention heißt gerechte Verhältnisse schaffen

Konfliktprävention ist besser als Konfliktlösung, dies gilt erst recht auf internationaler Ebene. Solange aber die Güter der Welt weiterhin so ungerecht Verteilt sind,

so lange ein Großteil der Menschheit in Armut lebt und so lange ein kleiner Teil der Menschheit ganze Kontinente und deren Bevölkerung ausbeutet, um sich seinen relativen Luxus zu erwerben, so lange werden berechnete Interessen der Menschen in diesen Ausgebeuteten Ländern zu Konflikten führen. Diese mögen sich in Form von regionalen Konflikten ausdrücken, sie mögen ethnische oder religiöse

Unruhen genannt werden, und ihr Ziel mögen vielleicht zunächst die wenigen Wohlhabenden in diesen Regionen sein. Letztlich bleibt aber zu attestieren: Ein großer Teil der bewaffneten Konflikte auf der Welt hat seine Ursache in der immer größer werdenden sozialen Ungleichheit der kapitalistischen Weltwirtschaftsordnung und findet seine Nahrung in dem Heer der Unterdrückten und Entrechteten, vor allem in den so genannten Entwicklungsländern.

Um diese Konflikte zu lösen oder einzudämmen helfen keine Präventivkriege und keine schnellen Eingreiftruppen – weder der NATO, noch irgendeinen anderen Bündnisses. Zumal diese Einsätze ohnehin meist nur darauf abzielen, den Waren- und Rohstoffstrom in die Industrieländer zu sichern. Dies zeigt sich nicht zuletzt an der letztlich erfolglosen Piratenjagd vor Somalia. Um die Konflikte der Welt nachhaltig zu lösen oder gar zu verhindern helfen letztlich nur eine gerechte globale Wirtschaftspolitik und eine gerechte Verteilung der Produktionsmittel auf unserem Planeten.

NATO abschaffen – UNO stärken. Für eine nachhaltige Friedenspolitik

Um die eigene Bedeutungs- und Zwecklosigkeit zu kaschieren wurden systematisch die Aufgaben der NATO erweitert, ihr Einsatzgebiet ausgedehnt und weiter

aufgerüstet. Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks folgte keine beispiellose Abrüstung - im Gegenteil, die NATO-Staaten investierten weiter in Kriegsgerät und schafften so eine militärische Macht, die von vielen als Bedrohung angesehen werden kann. Mit der Ausdehnung des Aufgabenbereiches auf Probleme, die mit militärischen Mitteln nicht adäquat gelöst werden können - Terrorismus, Online-Kriminalität, Migrationsbewegungen - werden nur neue Probleme geschaffen. Zudem wird der Charakter der NATO als militärischer Arm des westlichen Kapitalismus deutlich, wenn in Strategiepapieren der Zugang zu Ressourcen, die Sicherheit von Transportwegen und die Kontrolle von Migration als wichtige Ziele des Bündnisses formuliert werden.

Militärisches Eingreifen der NATO ohne UN-Mandat zeigt, dass das Bündnis sich von seiner Gründungscharta entfernt hat und nicht zur Friedenssicherung beiträgt. Die USA als mächtigstes Mitglied der NATO schmieden für ihre Kriege Koalitionen der Willigen jenseits von und mitten durch Bündnisgrenzen. Die Aufnahme ehemaliger sowjetischer Satellitenstaaten führt zu einer Einkreisung Russlands, das sich vom Militärbündnis bedroht fühlt. All das sorgt nicht für Frieden, sondern im Gegenteil für mehr Konfliktpotenzial und geringere Hemmungen, Probleme militärisch

zu lösen. Zudem wird das legitime Gewaltmonopol der Vereinten Nationen untergraben und ein recht des Stärkeren in die Weltpolitik zurück gebracht.



Daher fordern wir:

- Die NATO muss langfristig überwunden werden! Wir brauchen eine Politik der kollektiven Sicherheit jenseits exklusiver Verteidigungsbündnisse wie der NATO. Dafür ist eine alternative Politik notwendig, die den Multilateralismus betont und auf Prävention statt Intervention setzt. Konflikte müssen mit zivilen Mitteln so bearbeitet und entschärft werden, dass überhaupt keine Notwendigkeit militärischen Eingreifens bestehen kann. Dieser

Grundsatz muss auch für die internationale Politik der SPD gelten. Sie hat darauf hinzuwirken, dass durch eine kooperative Politik die NATO überwunden wird.

- Solange die NATO weiter besteht, muss sie auf ein reines Verteidigungsbündnis reduziert werden. Eine Rückbesinnung auf die Inhalte des Gründungsvertrages ist dringend geboten, da dort der Vorrang der Vereinten Nationen und der friedlichen Lösung von Konflikten vor militärischem eingreifen festgelegt ist. Sämtliche Ausweitungen ihres Einsatzgebietes und ihrer Aufgaben lehnen wir ab. Außerdem muss jegliche weitere Ausdehnung der NATO durch Aufnahme neuer Mitglieder unterbleiben. Wir fordern die SPD dazu auf, sich für eine Beschränkung der NATO auf ihre Gründungsaufgaben einzusetzen.
- Die Abrüstung der NATO-Staaten muss vorantrieben werden. Die Überwindung der NATO darf nicht zur vermehrten Rüstung einzelner Nationalstaaten führen. Die NATO-Staaten müssen sich verbindlich bereit erklären, ihre Arsenale zu verringern.
- Russland muss in den Prozess der Überwindung der NATO und in die

künftigen regionalen und globalen Sicherheitsstrukturen eingebunden werden. Russland ist ein wichtiger strategischer Partner für die Sicherheit Europas und der Welt. Nur mit einer Einbindung Russlands in die Veränderungen der westlichen Bündnisstrukturen und die zukünftigen regionalen wie globalen Sicherheitsstrukturen kann die Konfrontation zwischen Ost und West und damit auch die Spirale der Aufrüstung gestoppt werden.

- Kollektive Sicherheit statt globaler Aggression! Die Vereinten Nationen verkörpern im Grundsatz das Prinzip der inklusiven und friedlichen Konfliktregelung. Die wünschenswerte Alternative zur NATO ist also bereits vorhanden, sie müsste nur noch mit Leben gefüllt werden. Dazu muss die UNO aber reformiert werden: demokratisiert, in dem die Veto-Rechte im Sicherheitsrat abgeschafft werden und gestärkt, indem das Budget der UNO solide ausfinanziert wird. Auf dem Weg zu einem stabilen System kollektiver Sicherheit können regionale wirtschaftliche und politische Bündnisse einen Beitrag leisten. Die nichtmilitärische, integrative Rolle regionaler Bündnisse gilt es zu stärken. Diese dürfen jedoch keine regionalen Militärbündnisse analog der NATO sein.



Euer Kontakt zu uns:

JungsozialistInnen in der SPD
Bezirk Niederbayern

Thurmayrstraße 11
94315 Straubing
Telefon: +49 (0)9421 18 51 73
Telefax: +49 (0)9421 4 33 87

E-Mail: mail@jusos-niederbayern.de

Internet: <http://www.jusos-niederbayern.de>

V.i.S.d.P.:
Daniel König, Lehbühlstraße 5, 84034 Landshut

Layout & Gestaltung:
Tobias Pietsch

QR-Code zum
Einscannen des Down-
loadlinks für das SEPP #8

